

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 54

Mai/Juni 2011



TODSICHER

INHALT

Langspecht „ohne ideologische Vorbehalte“ Wie Abschalten ohne Abschalten?	3
Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten Abschalten und Lebensstil ändern!	5
Interview mit Jürgen Schmid Sofortausstieg ist machbar	6
Laternengespräche (K)ein Ende in Sicht?	8
Machenschaften rund um Wietze Strohmann für Mastställe gesucht	11
Meldungen Quer durch Stadt und Landkreis	12
FRAGEZEICHEN #7 Wenn die Volkszähler dreimal klingeln Nur Schafe lassen sich zählen	15
Blick nach links (4) Energetika – Energiespiel	16
Interview mit Batman-Reisedelegation Eine Reise durchs (wilde) Kurdistan	17
Buchbesprechung Abdullah Öcalan Jenseits von Staat, Macht und Gewalt	19
Protestaktion gegen Bundeswehr-Karrieretruck Heute Schüler, morgen Mörder?	20
Implementierung der UN-Resolution zu Libyen Politik der humanitären Intervention	22
Hähnchenmastställe im Ostkreis BI Flotwedel kritisiert Gemeinde	24
LandFrauen und Êzidinnen im Gespräch Fremde – Frauen – Freundinnen	25
Termine in Kino, Kultur & Politik	26



H A L L O

„Die Situation schreit nach einem Weltaufstand der Vernunft. Nach einem kollektiven Griff zu einer Notbremse in einem Skinkansen, der im Blindflug rast und die Welt in eine materielle und seelische Trümmerlandschaft zu befördern droht. Nach einem Nein zu Wachstumswahn und Technikgläubigkeit.“

Lars Petersen in «Lunapark21»

Skinkansen sind japanische Höchstgeschwindigkeitszüge, die als enorm sicher gelten und sich gar nicht einmal durch Höchstgeschwindigkeitsrekorde, sondern vielmehr durch eine hohe Reisegeschwindigkeit und bisher auch Sicherheit auszeichnen. Und wahrscheinlich geht es tatsächlich nicht einmal mehr um das Problem des »höher – schneller – weiter«; die normale »Reisegeschwindigkeit« in den Metropolenstaaten muss radikal reduziert werden.

Es hat den Anschein, als wenn die neuen sozialen Bewegungen der 1970/80er in allem Recht behalten – nur: sie sind nicht mehr »neu«, sondern ihre Akteure sind »grau« geworden & das betrifft in großen Teilen auch die Anti-AKW-Bewegung.

Das Auffallendste an den Fukushima-Protesten ist das Fehlen irgendeiner Form von Jugend. Nirgendwo in der Republik gab es eine erwähnenswerte Schüler- oder Studierenden-Demo. Und in Celle wird die größte »Versammlung« im Jahr der größten Reaktorkatastrophe der »Abi-Umzug« werden mit vielleicht 700 Teilnehmenden. Nicht mal eine Handvoll von ihnen hat sich an den Fukushima-Mahnwachen beteiligt. - Aber vielleicht hören sie dann ja auf ihrer Party-Trucks den REM-Klassiker »It's the end of the world as we know it« & brüllen mit »And I feel fine« - ohne zu wissen warum.

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Wie Abschalten ohne Abschalten?

„Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erdbeben, Tsunami, nukleares Inferno - nichts wird mehr so sein wie vor dem 11. März. Die Katastrophe in Japan ist eine Zäsur. Die Katastrophe, die bisher als unmöglich galt, ist eingetreten. Wir sind verunsichert. Wir sind aber auch gut beraten, jetzt nicht in Panik zu verfallen und überstürzt zu reagieren. Wir sollten alles tun, so klug und besonnen wie möglich zu handeln.“ – So Karl-Heinrich Langspecht, CDU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter in der Landtagsdebatte am 16. März 2011.

Er war wahrscheinlich genauso überrascht über die Entscheidung der Kanzlerin wie die gesamte Republik: Die sieben ältesten AKW und Krümmel sind abgeschaltet und aktuell ist wenig wahrscheinlich, dass sie wieder hochgefahren werden. Doch was ist mit dem Rest und vor allem dem »Restrisiko«?

„Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass es bei der Nutzung der Kernkraft immer ein Restrisiko gegeben hat und auch künftig geben wird. Allerdings hat Deutschland wie auch alle anderen EU-Staaten bisher dieses Restrisiko als beherrschbar und vertretbar eingeschätzt, zumal das Zusammentreffen zweier Naturkatastrophen - wie jetzt in Japan das schwere Erdbeben und ein solcher Tsunami - in Deutschland außerhalb jeglicher Vorstellung liegt.“

»Tsunami« hieß in Deutschland kaum mehr als »unberechenbare Wähler«. Und Langspecht ist Politiker genug, sofort ein Rettungspaket für den Rest der dukatenkackenden Zeitbomben zu schnüren:

„Erste Anmerkung. Wenn wir die Kernkraftwerke hier abschalten - darüber muss man sich im Klaren sein -, hätten wir dadurch keineswegs eine nennenswerte größere Sicherheit in Deutschland. Wir leben nicht auf der Insel der Seligen. In Europa stehen insgesamt 144 Kraftwerke, allein in Frankreich 59. Wir könnten uns den Auswirkungen einer Havarie eines Reaktors in Tschechien oder in Frankreich oder künftig in Polen gar nicht entziehen.“

Welche Schlussfolgerung sollte daraus gezogen werden? Doch eigentlich, dass die Abschaltung in Tschechien und Frankreich her muss, oder? Und Langspecht hat nicht den Schrecken erkannt, der den Berliner Regierenden in die Glieder gefahren ist: Es geht nicht um »Deutschland«, es geht um die Unbewohnbarkeit zentraler Industrieregionen, sollte das »Restrisiko« mal einen »unserer« Hightechmeiler außer Kontrolle geraten lassen.

„Zweite Anmerkung. Selbst wenn wir mit großen Anstrengungen die Nutzung der regenerativen Energien weiter ausbauen [...], werden wir nach einem Abschalten aller Kernkraftwerke die bisher von der Kernkraft geleistete Grundlast von 50 % nicht durch die regenerativen Energien ersetzen können. Das wäre selbst bei äußerst optimisti-

schen Annahmen in den nächsten 20 bis 25 Jahren nicht zu leisten, meine Damen und Herren.“

Das ist die Sache mit den Äpfeln und den Birnen. Es ist zunächst einmal nicht erforderlich, die Kraftwerksleistung der AKW sofort durch regenerative Energien zu ersetzen. Und die Grundlast liegt selbstverständlich nur bei niedrigstem Verbrauch bei 50 %, bei der Jahreshöchstlast – also den »kritischen Tagen« - liegt der AKW-Beitrag höchstens bei 25 %. Atomenergie lässt sich in Deutschland sofort relativ problemlos durch ungenutzte konventionelle Kapazitäten und Sparanstrengungen ersetzen.

„Dritte Anmerkung. Wenn wir uns beim Ersatz für die Kernkraftnutzung neu positionieren wollen, ist auch die Bezahlbarkeit der Energie von entscheidender Bedeutung. Die Energiepreise in Deutschland sind schon jetzt auf einem sehr hohen Niveau, und wir laufen Gefahr, dass gerade energieintensive Betriebe aufgrund der hohen Preise ins europäische Ausland abwandern. Es geht hier also ganz konkret auch um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, um den Erhalt von Arbeitsplätzen und um unseren Lebensstandard, meine Damen und Herren.“

Das lernen deutsche Politiker scheinbar mit der Muttermilch: Das Kapital sei ein scheues Reh. Und um das Ganze ein bisschen »volkstümlicher« zu machen, braucht's dann noch den Erhalt der Arbeitsplätze und des Lebensstandards. Dabei ist das Kapital gar nicht so »scheu«, eher im Gegenteil. Marx zitiert 1867 zustimmend einen englischen Ökonomen wie folgt: „Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“ Und so wird ein Schuh daraus: Das »Restrisiko« ist den Herren Hundt & Co. genauso egal wie den Vorstandsetagen von E.ON und RWE, solange die Renditen stimmen. (Und die stimmen bei »abgeschriebenen« AKW in besonderer Weise.) Genau dem sollte mal ein Ende bereitet werden.

Ein Letztes: Bei der Frage »unseres« Lebensstandards haben sich die auf Bundesebene koalitionsfähigen Parteien in den letzten Jahren viel Mühe gegeben, die Spaltung zwischen arm und reich gnadenlos voranzutreiben. Lebensstandard heißt für den größeren Teil der Gesellschaft unbefriedigende, sinnlose, umweltzerstörende Plackerei für Plastik- und Placebowelten. Ein Verzicht darauf würde nicht nur den erforderlichen Beitrag zum Klimaschutz bringen, sondern die Chance auf so etwas wie »Freiheit & Glück« überhaupt erst eröffnen.

Abschalten und Lebensstil ändern!

Schon vor Fukushima hatte das Forum gegen Atomenergie eine Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten geplant. Vor dem Hintergrund des 25. Jahrestages von Tschernobyl sollte über die Laufzeitverlängerung und die Endlagerproblematik diskutiert werden. Der GAU in Japan setzte den Sofortausstieg ganz oben auf die Tagesordnung. Für die SPD war der Celler Wahlkreisabgeordnete Rolf Meyer auf dem Podium, Bündnis'90/Die Grünen waren durch Miriam Staudte, Abgeordnete aus Lüneburg, vertreten und aus dem Wendland Kurt Herzog war für Die Linke anwesend.



Die Landtagsabgeordneten waren sich darin einig, dass Fukushima für die deutsche Energiepolitik eine Zäsur bedeutet. Miriam Staudte wies darauf hin, dass der Begriff »Restrisiko« gesellschaftlich neu diskutiert werde. Die Beschwichtigungen nach Tschernobyl, wonach dies in einem Hochtechnologieland nicht passieren könne, seien hinfällig. *„Im Vergleich zu Tschernobyl fällt ins Gewicht, dass Japan ein sehr dicht besiedeltes Land ist. Diese Vorstellung, dass vielleicht eine Stadt wie Tokio evakuiert werden müsste, ist erschreckend. Das schafft eine neue Betroffenheit. Die Nachdenklichkeit zieht weite Kreise. Für Deutschland bedeutet dies das Ende der Atomkraft. Die Frage ist jetzt noch: Wie lang ist dieses Ende? Aber selbst CDU und FDP haben gemerkt, dass ihr Kurs nicht zu halten ist.“*



Auch für Rolf Meyer war klar, dass nicht mehr das »Ob« diskutiert wird, sondern nur noch das »Wie« und das »Wie schnell«. Und er versah dies mit der Bemerkung:

„So einfach wird das natürlich auch nicht sein, wie uns das einige Leute glauben machen wollen.“ Für die SPD sei die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl die Wegscheide gewesen. Bis dahin seien weite Teile der SPD glühende Befürworter der Atomenergie gewesen, weil man gedacht habe, damit endgültig das Energieproblem zu lösen. Aber mit dem jetzt neu zu organisierenden Ausstieg könne Deutschland Vorreiter sein: *„Wir können diese Chance nutzen und wir können anderen Industriestaaten zeigen, dass man mit dem Ausstieg nicht zu Ackerbau und Viehzucht zurückkehrt, sondern ein modernes Industrieland bleiben kann.“*

Der Anti-AKW-Bewegung sei es zu verdanken, so Kurt Herzog, dass die Diskussion in Deutschland weiter sei als in anderen Ländern. *„Lernen tun die Menschen offensichtlich nur durch Katastrophen. Aber ob das international Wirkungen zeigt?“* Er verwies aber auch auf Österreich und Dänemark, die viel früher auf einen Kurs ohne Atomenergie gesetzt hätten und damit nicht schlecht gefahren seien. *„Dänemark ist Vorreiter bei Erneuerbarer Energien, insbesondere auch der Kraft-Wärme-Kopplung. Österreich bei der Holznutzung. Das sind Dinge, da können wir lernen. Österreich hat es auch in der Verfassung verankert. Da können auch wir lernen.“*

Alle Landtagspolitiker sahen die ersten Schritte der Bundesregierung als äußerst unglaublich. Rolf Meyer, der zusammen mit Kurt Herzog im Asse-Untersuchungsausschuss sitzt, sieht angesichts der dort gemachten Erfahrungen einen »atomindustriellen Komplex« am Werk, das heißt ein interessengeleitetes Zusammenspiel von Politik, Industrie und Wissenschaft, das durch Fukushima nicht aufgehoben sei. Das Moratorium könne keine gesetzlichen Maßnahmen ersetzen und sei deshalb so nicht durchzuhalten. *„Was wir erleben, sind nur Scheinreaktionen, um Zeit zu gewinnen. Man hofft, weitermachen zu können wie bisher, wenn das Thema wieder aus den Schlagzeilen verschwunden ist.“*

Auch Kurt Herzog sprach von einer »Drei-Monats-Mogelpackung«: *„Wer will denn glauben, dass diejenigen, die sich bis Fukushima die Wunschzettel der Energiewirtschaft unter das Kopfkissen gelegt haben, plötzlich anders ticken.“* Man wolle versuchen, Gras drüber wachsen zu lassen. Aber das werde nicht gelingen, weil die kompetenten Menschen wie der frühere Leiter Reaktorsicherheit, Renneberg, die Diskussion beherrschten und mit Sachverstand die Notwendigkeit des Ausstiegs einfordern würden.

Dass es aktuell nicht mehr um ein Zurück zum alten »Atomkonsens« gehen kann, war klar. Miriam Staudte und Rolf Meyer hielten auf Grundlage der bekannten Gutachten einen vollständigen Ausstieg bis zum Jahr 2017 für machbar und realistisch. Miriam Staudte

sprach sich dafür aus, den Ausstieg so schnell zu vollziehen wie möglich. Sie forderte in diesem Zusammenhang auch eine Vertiefung der so genannten Suffizienzdebatte, also die Umsetzung von Einsparpotenzialen. Der Ausstieg müsse so organisiert werden, dass die Erhöhung der Sicherheitsstandards ein rechtssicheres und schnelles Abschalten ermöglichen würde. Auch Rolf Meyer bezog sich auf das Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen, das einen Ausstieg bis 2017 ohne Verwerfungen in der Versorgung als machbar einschätzt. Ein sofortiges Abschalten aller AKW lasse sich aber ohne Stromimporte und radikale Einschränkungen im Verbrauch von Haushalten und Industrie nicht machen. Atomstrom aus Frankreich zu importieren, diene aber kaum der Glaubwürdigkeit der Debatte. Und die Friktionen, die große Schnitte beim Verbrauch mit sich bringen würden, würde er sich auch nicht wünschen.

Die Position der Partei DIE LINKE, die da lautet „unverzüglich und unumkehrbar“, erläuterte Kurt Herzog unter Bezugnahme auf das von Hermann Scheer für Hessen entwickelte Konzept. Darin sei nachvollziehbar für das Bundesland mit seinem aktuell 60 %-igen Atomstromanteil ein Ausstieg bis 2013 projiziert gewesen. Die modulare Sichtweise dieser Konzeption gelte es auf die ganze Republik zu übertragen. Sowohl Erzeugung als auch Verbrauch müssten dabei kleinräumiger, also regionaler gedacht werden. Dafür müssten die Südländer ihre Blockade der Windenergie aufgeben und es müssten die oligarchischen Strukturen der Energiewirtschaft mit vier großen Konzernen, die den Staat erpressen könnten, gebrochen werden. Bei dem Problem der Unumkehrbarkeit kritisierte Herzog die Basis des alten Atomkonsenses, also Verhandlungen mit Energiekonzernen: „Man hätte es machen müssen wie bei der Kohle. Durch sachlich begründetes Verschärfen der Auflagen und Prüfbedingungen hätte man die AKW weggekriegt. Und was wir jetzt erleben mit dem kerntechnischen Regelwerk und dem Geheimkatalog, der in der Tat etliches, was in Fukushima passiert ist, jetzt erst aufnimmt – wo man sich an den Kopf fasst, was haben die eigentlich bisher an Prüfaufgaben gehabt. Also: Es wäre möglich gewesen, ohne die permanenten Fragen, ob die Atomwirtschaft mit Klagen oder ähnlichem alles zurückholt. Aber das war nicht der Weg, den man wollte.“

Strittig war in der Veranstaltung die Frage der Stromimporte für den Fall in Deutschland entstehender Versorgungsengpässe. Miriam Staudte lehnte es ab, hierfür zum Beispiel Atomstrom aus Frankreich zu nutzen. Sie sprach sich dafür aus, schnell das Projekt NorGer-Kabel nach Norwegen umzusetzen. Dies hätte den Nutzen, dass zum einen norwegische Überkapazitäten bei der Wasserkraft genutzt werden könnten, zum anderen könnten die dortigen Pumpspeicherwerke als Energiespeicher für deutsche Windüberschüsse dienen.

Kurt Herzog machte darauf aufmerksam, dass Niedersachsen überhaupt kein Problem habe, Atomkraft zu ersetzen. Aber: „Wir müssen trotzdem dringend mit der Energiediskussion eine Ressourcendiskussion verbinden. Wir

müssen den industriellen westlichen Lebensstil in Frage stellen. Ich füge hinzu: unter sozialen Gesichtspunkten. Wir können selbstverständlich nicht von Menschen Verzicht verlangen, die sowieso gebeutelt sind. Aber insgesamt war der Zeitpunkt vielleicht noch nie so gut wie jetzt.“ Er machte beispielhaft anschaulich, wie rasant sich der Lebensstil geändert hat: „Ich hatte in meiner Kindheit einen Teddy, mein Sohn kam von allen Tanten, Omas auf 200. Das ist so ungefähr die Quote des Ressourcenverbrauchs innerhalb von zwei Generationen. Auch die Wohnfläche pro Person hat sich innerhalb einer Generation verdoppelt. Jeglicher Effizienzgewinn wird dadurch aufgewogen. Bei der Mobilität gibt es zum einen technisch keine Probleme mehr mit dem 2-Liter-Auto, aber wir haben das Phänomen, dass nach wie vor beim Neukauf auf das nächstgrößere Modell zurückgegriffen wird. Lebensstiländerung bedeutet weiter, dass es selbstverständlich werden muss, in der Kleinstadt auf das Rad zurückzugreifen, wofür es eine entsprechende Verbesserung der Infrastruktur braucht. Neben der ganz persönlichen Verhaltensänderung sind immer auch flankierend ordnungspolitische Maßnahmen erforderlich. So muss z.B. in der Bauleitplanung Standard werden – und zwar von heute auf morgen: Nahwärme Konzepte, Südausrichtung.“

Miriam Staudte unterstützte diese Argumentation mit Hinweisen auf die Möglichkeiten, die z.B. in der Kennzeichnungspflicht der Energieeffizienz von Elektrogeräten liegen. Und sie stellte die Preisstruktur und Steuervergünstigungen für industrielle Großverbraucher in Frage; in der Industrie würden Anreize zu Effizienz und Einsparung nur über den Preis funktionieren. Rolf Meyer ergänzte diesen Ansatz mit der Überlegung, dass es durchaus auch möglich wäre, mit gesetzlichen Auflagen zu einer kontinuierlichen Senkung des Verbrauchs zu kommen.

Hochinteressant waren die Argumente zur Frage des erforderlichen Netzausbaus. Das Podium war sich weitgehend einig, dass die eingeforderten Größenordnungen von rund 4000 km sich an der bisherigen Struktur orientieren, Entscheidungen über den Netzausbau aber erst sinnvoll sind, wenn ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorliegt. Kurt Herzog verwies auf die durch die Abschaltung der AKW frei werdenden Kapazitäten, die in keinem der bisherigen Modelle mitgedacht worden sind. Und Rolf Meyer sprach an, dass unterschiedliche Faktoren der Effizienzsteigerung bisher kaum eine Rolle gespielt hätten wie Netzmonitoring oder die Umstellung von Wechsel- auf Gleichstromleitungssysteme.

Hinsichtlich der von der Bundesregierung einberufenen Ethik-Kommission befand Rolf Meyer: „Wir haben kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Umsetzungsdefizit.“

Darin fand er die Unterstützung des allergrößten Teils des Publikums. Aber: Bei all den in der Diskussion genannten Möglichkeiten, sei nicht nachzuvollziehen, dass Grüne und SPD den Ausstieg bis 2017 zu ihrer Linie zu machen scheinen. Bei einer »Probeabstimmung« im Publikum waren mehr als 90 % der Anwesenden dafür, jetzt abzuschalten – und damit war gemeint: sofort!

Sofortausstieg ist machbar

Im »Rundbrief 12« der überregionalen Anti-AKW-Initiative »ausgestrahl.de« erschien ein Interview mit Jürgen Schmid, Experte für Energiesystemtechnik und Umwelt-Berater der Regierung, über Gaskraftwerke im Keller und die Möglichkeit, alle 17 Atomkraftwerke sofort abzuschalten. Wir bedanken uns bei »ausgestrahl.de« für die Nachdruckgenehmigung.

Kein Atomkraftwerk ist sicher. Wenn wir noch dieses Jahr alle abschalten – sitzen wir dann im Dunkeln?

Ganz sicher nicht. Es gibt noch viel Reservekapazität. Ohne die AKW würden unsere Strom-Exporte zurückgehen. Für eine kurze Übergangszeit müsste man ein paar bereits abgeschaltete fossile Kraftwerke wieder anfahren. Das ist zwar ein unschöner Effekt. Aber wenn wir die erneuerbaren Energien zügig vorantreiben, werden die Emissionen nicht sehr relevant. Zumal wir parallel neue gasbasierte Kraftwerke bauen werden, die wir später sowieso brauchen, um die Schwankungen bei den erneuerbaren Energien auszugleichen. Das kann man in fünf Jahren realisieren.

Was braucht es, um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen?

Andere Randbedingungen. Die wichtigste erneuerbare Energie ist zweifellos der Wind. Er ist die preiswerteste Quelle, die noch deutlich ausbaubar ist. Onshore, also an Land, entwickelt sie sich zur Zeit aber nur verhalten. Das liegt hauptsächlich an Genehmigungsfragen wie Höhenbegrenzungen, Abstandsvorschriften, viel zu kleinen Windvorranggebieten und so weiter. [...]

Mit Windkraft wollen Sie 17 AKW ersetzen?

Das ist nicht so schwer. Ohne Atomkraft fehlen uns etwa 120 Terawattstunden Strom im Jahr. Um die zu ersetzen, müssten wir etwa 60 Gigawatt an Windturbinenleistung installieren. Wenn wir uns dafür zehn Jahre Zeit ließen, wären das sechs Gigawatt Zubau im Jahr. Das ist eine völlig harmlose Zahl. Die Industriekapazität ist da. Das ließe sich leicht noch übertreffen.

Wie sieht es mit den Netzen aus?

Natürlich müssten auch die konsequent ausgebaut werden. Aber auch da gibt es zunächst keinen Engpass, wenn man intelligente Netze verwendet. Die könnten, wenn sie zu überlasten drohen, die Leistung der Windturbinen etwas reduzieren.

Für eine funktionierende Stromversorgung muss man den Strom aber auch genau dann produzieren, wenn er nachgefragt wird.

Das wird die große Zeit der gasbasierten Kraftwerke sein. Viele wissen gar nicht, wie viele es davon schon gibt. Da wird gar nicht darüber gesprochen. Wir haben schon jetzt 20 Gigawatt installierte Leistung in Kraft-Wärme-Kopplung, vom großen Gaskraftwerk bis zu Kleinstanlagen im Keller. Alle diese Anlagen laufen bisher in der Regel dann, wenn die Wärme gebraucht wird. Das muss man umstellen. Wenn wir dann über ein intelligentes Netz Zugriff auch auf die kleinen und Kleinstanlagen haben, dann bilden diese ein riesiges virtuelles Kraftwerk, das Schwankungen bei Angebot und Nachfrage lange Zeit ausgleichen kann.

Versorgungssicherheit dank Tausenden von Blockheizkraftwerken in irgendwelchen Kellern?

Genau. Das wird übrigens in Dänemark so ähnlich schon praktiziert. Dort wird 50 Prozent des Stroms über Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt, allerdings in relativ großen Anlagen. Die müssen sich heute schon per Gesetz nach der Strombörse richten. Das hat dazu geführt, dass Wärmespeicher eingebaut wurden, die Strom- und Wärmebedarf gewissermaßen entkoppelt haben. Wir haben dort den Beweis, dass das sehr gut funktioniert.

Es gibt Energie-Experten, die vor Problemen in Spitzenlastzeiten warnen, sollten alle AKW sofort vom Netz genommen werden.

Die Spitzenlast tritt in der Regel im Winter auf. Und dabei geht es nicht um Tage, sondern nur um ein paar Stunden. Alle AKW zusammen können dann im Übrigen auch nur höchstens 20 Gigawatt beitragen. Die Kraft-Wärme-Kopplung hat ebenfalls 20 Gigawatt installierte Leistung. Das heißt, wenn es gelingt, diese Anlagen bei Bedarf alle einzuschalten, dann können sie bei

Netto-Kraftwerksleistung in Megawatt (MW) in der allgemeinen Stromversorgung einschließlich der Bezugsleistungen von Industrie und privaten Erzeugern am Tag der Winterhöchstlast (02.12.2009)	2009
Installierte Kraftwerksleistung einschl. Bezugsleistungen von Industrie und Privaten	139.200
Nicht einsetzbare Leistung	- 32.600
Einsetzbare Leistung	106.600
Ausfälle (4.200 MW) und Revisionen (3.800 MW) sowie Kurzzeitreserve (5.800 MW)	- 13.800
Gesicherte Leistung	92.800
Saldo der Bezüge/Lieferungen vom/an das Ausland	- 2.600
Gesicherte Leistung inklusive Auslandssaldo	90.200
Eingetretene Höchstlast	73.000

Quelle: BDEW

Die 17 deutschen AKW haben eine Bruttoleistung von 21.517 MW; rechnerisch ergibt sich selbst beim Höchstlasttag 2009 bei Abschaltung aller AKW unter Einbeziehung der »Kurzzeitreserve« keine »Lücke«.

jedem Wetter die Atomkraft vollständig ersetzen.

Könnte man in Spitzenlastzeiten nicht auch die Nachfrage drosseln?

Natürlich, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn man das richtig macht, können wir allein über die Nachfrageseite weitere acht bis 16 Gigawatt regeln. Wir haben das bei uns im Labor ausprobiert: Das geht automatisch und völlig problemlos. Die Spitzenlast lässt sich damit um bis zu 20 Prozent reduzieren.

Indem ein Computer entscheidet, wann meine Waschmaschine läuft?

Zunächst geht es um die elektrischen Warmwasserboiler und die Umwälzpumpen. Erst dann kommen die Küchengeräte.

Was bedeutet ein Sofortausstieg für die Strompreise?

Der Bau von 60 Gigawatt Windleistung erfordert etwa 60 Milliarden Euro. Aber das ist ja eine Investition in eine Energiequelle, die keine Brennstoffkosten mehr verursacht. Die Mehrkosten zum bisherigen System sind deswegen marginal.

Die Grünen fordern seit Fukushima einen Atom-Ausstieg bis 2017, selbst Umweltverbände nur bis 2015. Was ist da los?

Nach meiner Einschätzung wird das Potenzial der gesteuerten Kraft-Wärme-Kopplung von allen diesen Szenarien schlicht noch nicht erkannt.

Interview: Armin Simon

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Schmid ist Leiter des Kasseler Institutsteils des Fraunhofer Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.



Celle atomfrei?

Mit einem kurzen Statement auf der dritten Fukushima-Mahnwache verkündete Oberbürgermeister Menke seine Absicht, bis zum Jahresende für eine Umstellung auf atomenergiefreie Energieversorgung der städtischen Einrichtungen zu sorgen. Die SPD-Fraktion unterfütterte diese Ankündigung mit einem entsprechenden Antrag, wonach der Rat beschließen sollte, dass sich die Stadt verpflichtet, „zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Versorgungsverträge für städtische Einrichtungen und Liegenschaften mit Energieversorgern auf atomfreie Energie umzustellen.“ Einen gleichlautenden Antrag stellte die SPD-Kreistagsfraktion für die Landkreis-Liegenschaften.

Nett gemeint, aber wenig präzise ausgedrückt: Eine Versorgung ohne Atomstromanteil bedeutet längst nicht »Ökostrom«. Also weiter mit den fossilen Kohle-, Öl- und Gaskraftwerken und die Klimaschutzfrage mal kurz vergessen? Und »atomfrei Energie« liefert ja auch gern die SVO. Da hält der Landkreis Aktien, und sollte die Stadt die aktuell noch offene Konzession wieder an die SVO vergeben, wird man die frisch eingegangene Bindung auch dadurch festigen, das »Ökostromangebot« des Konzessionärs zu nutzen (mit garantiertem Rabatt). Nur ist die SVO leider zutiefst atomverseucht. Sie gehört mehrheitlich dem E.ON-Konzern und damit dem Betreiber der meisten AKW in Deutschland.

Schön deshalb, dass die Fraktion Die Linke/BSG den SPD-Antrag dahingehend präzisiert wissen will, die Energieversorgung von Stadt und Landkreis durch einen der vier großen wirklichen »Ökostrom«-Anbieter zu sichern.

Wichtiger für die Stadt wäre im Übrigen die Rekommunalisierung der Energieversorgung; dann wäre »Ökostrom«-Bezug fast eine Selbstverständlichkeit.

An vier aufeinanderfolgenden Montagen nach dem Fukushima-GAU fanden auf der Stechbahn Kundgebungen für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie statt. Abwechselnd hatten die GRÜNE JUGEND und das Forum gegen Atomenergie die Versammlungen angemeldet. Mit 130 – 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren die Kundgebungen für Celler Verhältnisse gut besucht; ab Mai geht's weiter: Jeweils am 1. Montag im Monat.

(K)ein Ende in Sicht?



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Den letzten Hit von »Wir sind Helden« konnten sie ja nicht spielen auf der Fukushima-Mahnwache.

Oma Lilo: Wieso?

Die Dicke: Die Textzeile »Kein Ende in Sicht« ist ja passend, aber ihr »Wir sagen / Fünf vor Zwölf - Alles auf Anfang« geht ja wohl nicht mehr. Da ist ja nicht nur die »freigesetzte« Radioaktivität in Japan, weltweit wird der Atommüll für zehntausende Jahre weiter strahlen.

Oma Lilo: Na, jugendliche »Helden«-Fans waren sowieso an einer Hand abzuzählen.

Die Dicke: Vielleicht meinen sie, es sei mit einem Klick im Internet getan – „Atomausstieg?“ „Gefällt mir.“

Der Besserwisser: Aber ob's mit dem Ausstieg schneller geht, wenn Seit' an Seit' mit der rot-grünen Konsensfraktion gekämpft wird?

Der lange Lulatsch: Eine Rednerin hat immerhin die Enteignung der AKW-Betreiber gefordert.

Klein Jonas: Was ist das – Enteignung?

Oma Lilo: Darunter wird verstanden der Entzug von Eigentum durch den Staat und im Rahmen bestehender Gesetze. Enteignungen sind sogar im Grundgesetz vorgesehen. Diese Möglichkeit wird nicht einmal selten genutzt – bisher allerdings nur bei Erweiterungen von Großflughäfen oder dem Wegbaggern ganzer Dörfer zugunsten von Braunkohlekonzernen. Die juristischen Möglichkeiten zur Enteignung sind also vorhanden. Dass diese normalerweise zur Durchsetzung von technologischen Großprojekten angewendet werden, zeigt einmal mehr, wessen Interessen sich in Politik und juristischer Praxis immer wieder durchsetzen.

Der Besserwisser: Und ohne Grundgesetz heißt es dann »*Expropriation der Expropriateure*, also die Enteignung – lateinisch: *Expropriation* - der Besitzer von Produktionsmitteln durch ökonomische oder politische Gewalt im Interesse der Arbeiter_innen-Klasse, also derjenigen, die ausgebeutet werden.

Der lange Lulatsch: Eine schöne Vorstellung, ihnen den Reichtum zu nehmen, mit dem sie so viel Schaden anrichten, und das Ganze für den Aufbau einer konsequent dezentralen, ökologischen und bedürfnis-statt gewinnorientierten Energieversorgung. Jedem Mietshaus sein Blockheizkraftwerk, jedem Bauernhof sein Windrad ... Aber dafür brauchen wir ihr Geld und ihre Ressourcen – die ganze Bäckerei statt bloß ein Stück vom Kuchen. Eine solche Dezentralisierung hätte nicht nur den unschlagbaren Öko-Bonus und würde nicht nur die Abschaffung der mörderischen Nukleartechnologie bedeuten – sie wäre auch eine Entmachtung der Konzerne und also ein bescheidener Fortschritt der Demokratisierung der Welt.

Die Dicke: Aber verstaatlichen? Sind nicht EnBW und Vattenfall Staatskonzerne? Die sind doch kein Stück besser als E.ON und RWE.

Oma Lilo: Ich denke, es geht dabei um die Abschaffung der Energiekonzerne zugunsten eines dezentralen Systems: Selbstversorgung, demokratisch gelenkte Stadtwerke und Genossenschaften. Auch das ist übrigens im Rahmen des Grundgesetzes möglich.

Der lange Lulatsch: Ihr und euer Grunzgesetz.

Oma Lilo: Niemand will sich darauf ausruhen. Das ist schon klar: Soziale Bewegungen mussten schon immer ihre Rechte erkämpfen, das zeigt beispielhaft der feministische Kampf um gesellschaftliche Gleichberechtigung.

Der Besserwisser: Bisschen schiefer Vergleich, oder? Auf der Jagd nach der größtmöglichen Rendite setzen Energiekonzerne und Banken bekanntlich nicht nur skrupellos Menschenleben aufs Spiel, sie diktieren Politik und Wissenschaft die Gesetze und die Ideologie, Beispiel: Als obersten Kontrolleur der Atomkraftwerke brachten sie problemlos einen eigenen Mann in Regierungsdienste, und wenn es in Brasilien ein Geschäft mit Atomenergie zu machen gibt, ist der Hermes-Kredit – auch nach Fukushima – garantiert.

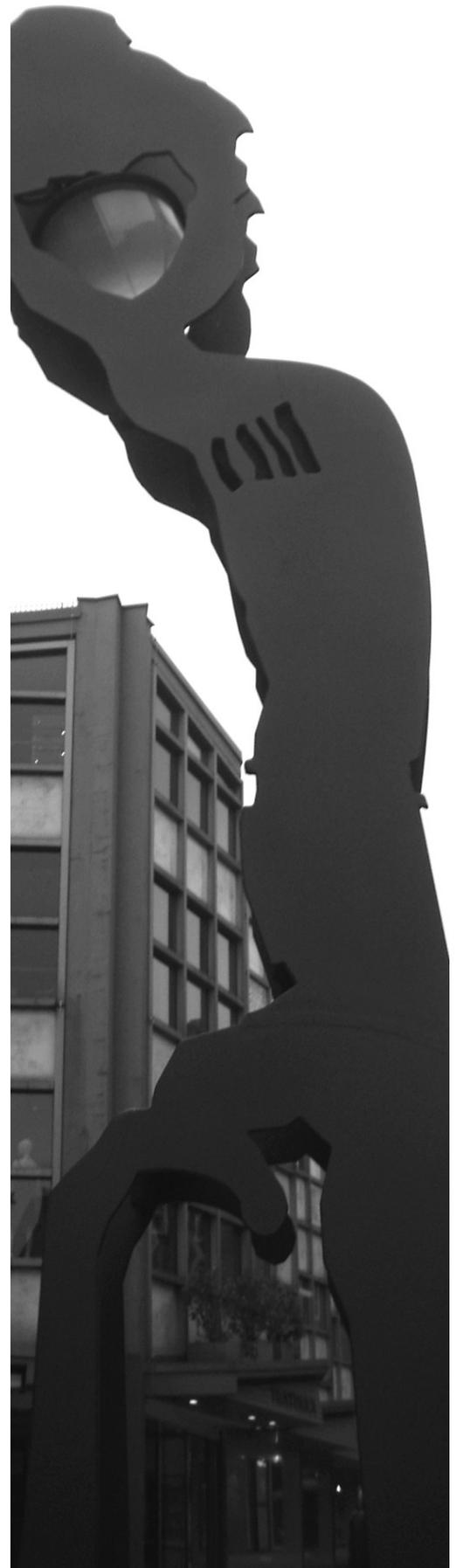
Klein Jonas: Hermes-Kredit?

Oma Lilo: Der Staat schützt mit einer Exportkreditgarantie die deutschen Unternehmen vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländischen Geschäftspartner: also: Zahlt der Abnehmer nicht, springt der deutsche Staat ein. Und jetzt hat halt die Regierung ihre Grundsatzzusage für das brasilianische Atomkraftwerk Angra 3 trotz Fukushima bekräftigt.

Die Dicke: Und warum macht die Merkel dann das »Moratorium«?

Der Besserwisser: Die Staaten setzen beständig darauf, dass der GAU, den sie längst definiert haben, schon nicht eintreten wird. Ihre Fachleute schätzen das Risiko solcher Katastrophen ab und weisen ihm eine – sehr kleine – Wahrscheinlichkeit zu, die man dann großzügig ignoriert. Denn wenn der Katastrophenfall eintritt, steht die betroffene Nation mehr oder weniger da wie nach einem verlorenen Krieg: Ein Verlust an Bevölkerung durch Verstrahlung und ansteigende Krebsraten; ganze Regionen dauerhaft für geschäftliche Nutzung unbrauchbar; statt kapitalistischen Wachstums fallen ungeheure Kosten für Sicherung und Einschließung der strahlenden Ruinen an, die das Sozialprodukt und den Staatshaushalt belasten und die Nation in der Konkurrenz mit Ihregleichen um Größenordnungen zurückwerfen können. Das, nichts anderes, ist der Albtraum der Merkels, Seehofers und Lindners. Die »Physikerin« Merkel zeigt sich erschüttert darüber, dass das ausgerechnete »Rest«-Risiko einer Katastrophe tatsächlich eintritt. Jetzt wollen sie – anders als praktisch alle anderen Regierungen des Globus – aus der Katastrophe gelernt haben und den Ausstieg aus der Atomenergie-Erzeugung beschleunigen. Was ist heute anders als in den Zeiten von Harrisburg und Tschernobyl, als die Katastrophen den Vorgänger-Regierungen kein Umdenken abverlangten? Was muss alles erfüllt, welche Anforderungen müssen gewährleistet sein, dass eine Bundesregierung die Wahnsinns-Technologie tatsächlich für tendenziell verzichtbar hält? Darüber will die politische Chefin des Weltmarktführers auf dem Feld der erneuerbaren Energietechniken drei Monate lang nachdenken, um dann zu entscheiden, ob und wie viele alte Meiler sie abschalten und wie lange sie die neueren weiterlaufen lassen will. Die schwarz-gelbe Koalition »lernt« aus der Katastrophe, konsequenter anzupacken, was sowieso auf der deutschen Agenda steht. Und so viel steht bei allem »Umdenken« sowieso fest: Wenn erst ein Ausstiegsszenario und neue Laufzeitgrenzen von 10 bis 20 Jahren vereinbart sind, ist das als »unvertretbar« erkannte Restrisiko wieder voll vertretbar.

Der lange Lulatsch: Na dann hilft wohl nur blockieren – und am besten vielleicht mal nicht nur AKW-Zufahrten und den nächsten Castor-Transport. Wie wäre es mal mit den Autobahnen?



Strohmann für Maststall gesucht

»Frontal 21« und N 3 »Hallo Niedersachsen« berichteten im Februar in ihren Sendungen von einem Landwirt, der von Investoren besucht wurde, um als »Strohmann« für die Massentierhaltung aufzutreten. Der Landwirt sollte auf seinem Grund und Boden die Flächen bereit halten, um eine Massentierhaltungsanlage in einer bisher hier noch nie da gewesenen Form zu errichten. Die Rede ist von einer Dimension, die kaum vorstellbar ist. Hier im Landkreis Celle sollten Ställe für 400.000 Hühner entstehen.

Die Lieferung der Hühner sollte für den größten Geflügelschlachthof Europas, der in Wietze entstehen soll, erfolgen. Denn bisher finden sich nach wie vor nur wenige Landwirte, die in die Massentierhaltung investieren wollen und ohne den Bau von Massentierhaltungsanlagen ist dieser Geflügelschlachthof (gefördert mit 6,5 Mio. € Steuergeldern) nicht rentabel.

Die BI-Wietze e.V. möchte diesen Bauboom verhindern und die breite Öffentlichkeit über die Praktiken des Investors informieren. Sie hat deshalb mit dem Landwirt das folgende Interview geführt:

BI-Wietze: Sie hatten im November 2010 Besuch von einem Planungsbüro, welches Landwirte für der Bau eines „Mega-Maststalles“ sucht. Würden Sie uns bitte die Vorschläge/Angebote seitens des Planungsbüros mitteilen?

Landwirt: Ich sollte für den Bau von 400.000 Hähnchenmastplätzen mit angeschlossener Biogasanlage ein Baugrundstück zur Verfügung stellen und als Bauherr fungieren. Die finanzielle Beteiligung wäre zwischen 0 und 100 % frei wählbar gewesen, da es vorrangig um einen günstigen Standort ging. Durch einen heimischen Landwirt ist der Widerstand aus der Bevölkerung deutlich geringer als bei einer Investition durch Kapitalanleger.



BI-Wietze: Wer hätte das Futter für die 400.000 Hühner geliefert? Wer hätte die Ställe erbaut? Wer hätte die Küken geliefert? Wer hätte die Biogasanlage gebaut?

Landwirt: Alles wäre komplett durch die Investoren erfolgt. Die Hähnchen werden mit Fertigfutter aus firmeneigenen Kraftfutterwerken gemästet, der Ein- und Verkauf der Tiere sowie der Bau der Ställe und der Biogasanlage. Mir blieb die Option einer finanziellen Beteiligung bis zu einer Größenordnung von mehreren Millionen Euro.

BI-Wietze: Wie viele Arbeitsplätze wären für den Betrieb der Biogasanlage entstanden?

Landwirt: Es wäre ein Arbeitsplatz entstanden.

BI-Wietze: Wie viele Arbeitsplätze wären für die Aufzucht von 400.000 Hühnern entstanden?

Landwirt: Für die Aufzucht, Fütterung und Pflege von 400.000 Hühnern sind 2-3 Arbeitsplätze nötig.

BI-Wietze: Wie hoch wäre Ihr Einkommen gewesen, wenn Sie nur Ihr Land zur Verfügung gestellt hätten, ohne selbst mit Ihrem Kapital in die Biogasanlage und ohne in die Hühnermast zu investieren?

Landwirt: Etwa 2000- 3000 Euro/Monat.

BI-Wietze: Nachhaltigkeit für unsere und kommende Generationen. Wie denken Sie darüber?

Landwirt: Die Politik ist systembedingt unfähig, auch nur ansatzweise nachhaltiges Wirtschaften zu fördern. Zeiträume von 4 Jahren, um nach 2 Jahren schon wieder in den Vorwahlkampf einzutreten, verhindern jegliches Nachdenken über längerfristigen Erfolg. Politisch gewollt soll sich die Nahrungsmittelproduktion an Weltmarktpreisen orientieren und über Kollateralschäden wie brandgerodete Regenwaldflächen und Hunger durch eine verfehlte Exportpolitik der Industriestaaten wird billigend hinweggesehen. Mein landwirtschaftlicher Betrieb besteht seit mehr als 600 Jahren und ich werde mit Sicherheit jede betriebliche Entscheidung vor dem Hintergrund einer langfristig gesicherten ökonomischen und ökologischen Entwicklung treffen.

BI-Wietze: Würden Sie uns bitte Ihre Beweggründe nennen, die dazu geführt haben das Angebot abzulehnen?

Landwirt: Der Strukturwandel bei der Tierhaltung von landwirtschaftlichen Betrieben läuft immer schneller. Projekte industrieller Massentierhaltung sind gesellschaftlich nicht gewollt, bringen für die Umwelt nur Probleme und konzentrieren den wirtschaftlichen Erfolg, erkaufte mit hohen Subventionen, auf Einzelpersonen. Ich habe einen höheren Anspruch an mich als Un-

ternehmer, als durch die Annahme von Scheinvergütungen zu profitieren.

BI-Wietze: Was waren Ihre persönlichen Beweggründe sich an die Öffentlichkeit zu wenden?

Landwirt: 1. Sorge um das Bild eines Landwirts als skrupellosen Betrügers in der Öffentlichkeit. 2. Erhalt des §35 für berechtigte Bauvorhaben von Landwirten 3. Öffentlichmachung dieser Umgehungspraxis zur Verhinderung von scheinbäuerlichen Mastanlagen.

BI-Wietze: Wie könnte Ihrer Meinung nach dem Bau von Megamast - Anlagen entgegen gewirkt werden?

Landwirt: Durch die Offenlegung von Kapital- und Warenströmen in der Planungsphase.

BI-Wietze: Was könnte Ihres Erachtens nach Gründe dafür sein, dass Kollegen in so ein Projekt investieren?

Landwirt: Finanznot.

BI-Wietze: Kennen und unterstützen Sie die Ausführungen der Windhorst-Studie?

Landwirt: Ja.

BI-Wietze: Der § 35 der für das privilegierte Bauen im Außenbereich verantwortlich zeichnet, würde dadurch aufgeweicht, dass sich "Strohänner" finden, die unter ihrem Namen auf ihrem Grundstück Mastställe bauen. Was sollte sich Ihrer Meinung nach in dem § 35 ändern?

Landwirt: Jegliche Form von Massentierhaltung ohne Grundlage der Produktion von Futter auf betriebseigenen Flächen muss separat genehmigt werden.

BI-Wietze: Die BI-Wietze dankt Ihnen für dieses Interview.

Quelle: PM der BI Wietze vom 2. März 2011

Gutachten: Hähnchenmast macht krank

Bioaerosol-Emissionen aus Hähnchenmastanlagen können noch in einem Umkreis von 500 Metern nachgewiesen werden. Zu diesem Ergebnis kommen Thomas Fein, Burkhard Kursch und Lutz Kaiser, drei Ärzte aus Norden, in einer Literatur-Studie über die »Gesundheitsgefährdung durch Hähnchenmastanlagen der Intensivtierhaltung«. Hähnchenmastanlagen stellen danach eine erhebliche Quelle für Bakterien wie Staphylokokken, Endotoxine sowie für Schimmelpilze dar, die mit der Stallabluft in die Umgebung abgegeben werden. Desweiteren gibt es eine starke Abhängigkeit der Keimemissionen

vom Tierbesatz, wobei die höchsten Emissionen in den letzten beiden Mastwochen erreicht wurden.

Der Studie liegen Messergebnisse eines 50.000-Hähnchen-Maststalles in Anklam nördlich von Osna-brück zugrunde, die nach Ansicht der Autoren belegen, dass Keime über mehr als 500 Meter verfrachtet werden können und widerstandsfähig gegenüber Umwelteinflüssen sind. Die direkten Emissionen aus dem Stall seien aber nicht die einzige Gefahrenquelle, so die Autoren der Studie. Der Kot der Tiere stellte demnach nachweislich eine der stärksten Quellen für luftgetragene Endotoxine dar. Diese Feststellung ist für die Autoren insofern bemerkenswert, als in der Regel die Verwertung des Einstreu-Kot-Gemisches auf betriebseigenen Flächen nach Düngeverordnung ausgebracht werden darf. Da das Einstreu-Kot-Gemisch flächig ausgebracht wird und im Falle des Stalles in der Westermarsch erheblichen Windeinflüssen ausgesetzt ist, besteht nach der Studie die hohe Wahrscheinlichkeit einer weiträumigen Belastung der Umgebung mit Endotoxinen.

Im Einzelnen führt die Analyse zu folgenden Ergebnissen:

„In der Stallluft von Hähnchenmastanlagen liegt eine massive Konzentration von Bioaerosolen, Biotoxinen und Keimen vor. Diese werden, abhängig von meteorologischen Einflüssen wie Windrichtung und Windgeschwindigkeit, mehr als 500 Meter außerhalb des Maststalles verbreitet.

Biotoxine werden mit ausgebrachtem Kot großflächig verteilt und stellen wegen ihres langen Überdauerns in der Umgebung eine erhebliche Gefahr für die Entwicklung von Atemwegserkrankungen dar. Sie sind eine noch größere Gefahr für bereits an Atemwegserkrankungen leidende Menschen.

Keime, die zum Teil antibiotikaresistent sind, werden beim Transport der gemästeten Tiere in die Umgebung freigesetzt und können dort krankheitsauslösend wirken.

Die Gesundheitsgefährdung für in der Nähe von Mastanlagen lebende Menschen ergibt sich aus vorliegenden epidemiologischen Studien. Gleiches gilt für landwirtschaftliches Personal in der Intensivtierhaltung.

Der Antibiotikaverbrauch in der Intensivtierhaltung ist in den vergangenen Jahren gestiegen mit der Folge einer humanmedizinisch hochproblematischen Resistenzentwicklung bei Bakterien, insbesondere MRSA. [...]

In der Gesamtschau der wissenschaftlichen Erkenntnisse führt die geplante Errichtung eines Intensivtierhaltungsstalles für Masthähnchen zu einer gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung.“

Die Studie steht zum download bereit unter: www.bi-norden.de/download/studie.php



Datenskandal bei Agentur

Als »bedauerliche Datenpanne« beschönigt die Celler Arbeitsagentur einen Skandal, bei dem an anderem Ort »Köpfe gerollt« wären. Anfang April wurde eine Mail mit einem Veranstaltungshinweis für eine »Zeitarbeitsmesse« an 650 Erwerbslose und Arbeitsuchende versendet, in der für jede_n Empfänger_in sämtliche andere E-Mail-Adressen sichtbar waren. Ein Datensatz mit Brisanz, denn selbstverständlich nutzen Erwerblose im Verkehr mit Verwaltungen und Arbeitgebern zu meist ihre Mail-Adressen mit dem Klarnamen. Was im Einzelfall erhebliche Konsequenzen haben kann, denn Erwerbslose haben zu Recht kein Interesse daran, dass ihre Vermieter oder Dienstleister um ihre Situation wissen. Der Agentur ist scheinbar überhaupt nicht bewusst, welchen Skandal sie da verbockt hat. Anders ist jedenfalls nicht zu erklären, wie sich Geschäftsführer Weber bei den Betroffenen meinte entschuldigen zu können: »Für die vereinzelt verärgerten Rückmeldungen habe ich Verständnis. Daher haben wir uns kurzfristig ein zusätzliches Angebot überlegt, das unseren Kundinnen und Kunden bei der Arbeitssuche helfen soll: gute Bewerbungsfotos.« Wer zu dem Empfänger_innen-Kreis besagter Mail gehörte und zur Zeitarbeitsmesse ging, konnte „zwischen 10 und 12 Uhr von einer professionellen Fotografin kostenlos Bewerbungsfotos anfertigen lassen“. Wenn alle Betroffenen dieses Super-Angebot angenommen hätten, hätte die »professionelle Fotografin« gut zehn Sekunden für jedes Foto gehabt – ein Fall für »Wetten, dass ...“

Rheinmetall Rekord

Rheinmetall hat seine Prognosen für das Geschäftsjahr 2010 übertroffen. Das vorläufige Ergebnis vor Zinsen und Steuern setzt mit 297 Mio EUR eine neue »Bestmarke«. Der Konzern erwirtschaftete einen vorläufigen Umsatz von 3.989 Mio EUR, was gegenüber dem Vorjahr einem Wachstum von 17 % entspricht. Die Defence-Sparte wuchs um 6 % oder 109 Mio EUR und weist einen Umsatz von 2.007 Mio EUR aus.

SVO an der Öko-Front

»Green-Washing« werden PR-Kampagnen genannt, die einem Unternehmen einen ökologischen Anstrich geben sollen. Den Fukushima-GAU nimmt die SVO zum Anlass, breit in CZ und Celler Kurier für ihr »Ökostrom«-Angebot zu werben: »SVO NaturWatt Strom«. Das beziehen laut SVO-Angaben mittlerweile 750 Privat- und Gewerbekunden aus der Region mit rund 6,3 Millionen Kilowattstunden. Dass am Ende die E.ON AG, als größter Anteilsnehmer der SVO, die Gewinne einstreicht, wird wohlweislich nicht an die große Glocke gehängt. Wer also aus Anlass der Fukushima-Katastrophe auf »SVO NaturWatt-Strom« umsteigt, fördert unterm Strich den größten Betreiber von Atomkraftwerken in Deutschland. Wie der PM der SVO zu entnehmen ist, ist leider auch eine Firma drauf hereingefallen, von der wir es nicht angenommen hätten, nämlich die Bohlsener Mühle, die hauptsächlich Bioland-Getreide von norddeutschen Bio-Bauern verarbeitet. Und wie »unübersichtlich« der Markt ist belegt ein Fakt, mit dem sich die SVO schmücken kann: »NaturWatt Strom wird vom Öko-Institut Freiburg in seiner »Eco-Top-Ten« Liste empfohlen.« Da lässt sich nur schlussfolgern: Die Liste taugt nichts.

Stadtteil Garagen

An Autos ist bekanntlich nichts auch nur im geringsten »umweltfreundlich«. Deshalb ist die Celler CDU auf eine geradezu geniale Idee verfallen: Die Autos sollen verschwinden – in Stadtteilgaragen. Mindern will man so die steigende Parkplatznot in der Altstadt, Neuenhäusern und der Heese. Die Durchsetzung des Menschenrechts auf einen PKW-Parkplatz könnte so eventuell ohne den Einsatz der NATO gelingen. – Mal im Ernst: Selbstverständlich wäre es schön, wenn der öffentliche Raum nicht durch Blechkarossen zugestellt würde; aber wie wäre es, sich an eine andere Organisation der Mobilität zu machen (Beispiel: Car-Sharing im Stadtteil) – vielleicht braucht's dann zumindest keine Zweit-Wagen mehr.

Konzessionsverträge

Im Oktober vergangenen Jahres hatten die Gemeinden im LK Celle die »Energieversorgung Celle Land – Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)« gegründet; Zweck: gemeinsame Vergabe der Konzessionsrechte für Gas und Strom ab 2012. Bis zur Angebotsabgabefrist hatten sich nach Informationen der CZ neun Unternehmen beworben. Mit dabei auch die SVO. Jetzt werden die Angebote gesichtet, wobei es insbesondere um die »Nebenangebote« der interessierten Versorgungsunternehmen geht, denn die eigentliche Konzessionsabgabe ist in ihrer Höhe gesetzlich festgelegt. Eine Entscheidung soll noch vor der Sommerpause fallen.

PPP Vergleich

Die neue Feuerwehrhauptwache soll bekanntlich als »Private Public Partnership« (PPP) realisiert werden. Der Rat will eine solche Realisierungsform jedenfalls dann, wenn es zu einer Einsparung von mindestens 8,6 % der Planungs- und Gesamtbaukosten kommt. Nur: Wer prüft die eingehenden Angebote – und womit sollen sie verglichen werden.

Vor diesem Hintergrund ist ein Antrag der neuen Fraktion »Die Unabhängigen« interessant. Sie will, eine »Vergleichsberechnung der Planungs- und Gesamtbaukosten durch ein unabhängiges Planungsbüro«. Ihr Vorschlag zum Vorgehen:

„Mit den in den PPP-Angeboten enthaltenen detaillierten Angaben für den Neubau der Feuerwehrhauptwache in Eigenregie bei gewerkweiser Vergabe entstehen würden. Auf Grundlage dieser Vergleichs-Kostenberechnung kann festgestellt werden, ob die vom Gutachter Assmann vorhergesagte Einsparung von ca. 8,6 % der Gesamtkosten mit dem PPP-Projekt tatsächlich werden. Sollten Einsparungen in der vorausgesagten Höhe nicht eintreten, würde die Grundlage einer PPP-Vergabe entfallen, das PPP-Verfahren wäre zu beenden und die Feuerwehrwache im konventionellen Verfahren in Eigenregie zu errichten.“

Gänsefüßchen

Erst wenige Monate vor dem Fall der Mauer erkannte der Springer-Verlag die DDR symbolisch an. Bis dahin setzten alle Blätter des Axel Springer Verlags die sogenannte DDR in sogenannte Gänsefüßchen. – Nun ist sie ja schon lange tot. Um so kurioser fanden wir deshalb einen Artikel von Lucas Rosenbaum in der CZ über eine Ausstellung »DDR, Mythos und Wirklichkeit«, die im März im Ernestinum zu sehen war. Konsequenter setzt der Autor die DDR in Gänsefüßchen. – Vielleicht kann der SPD Ortsverein seinem dort für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Vorstandsmitglied mal eine kleine Einweisung in die von der SPD angezettelten »Neuen Ostpolitik« geben.

Kein »Bock« auf »Bock«

Am 8. April verteilten die Lokal-Nazis Musik-CDs und ihre Schülerzeitung »Bock« am Kaiserin-Auguste-Viktoria-Gymnasium. Die Schülervertretung brachte noch am selben Vormittag ein Flugblatt heraus, in dem die Schüler_innen aufgefordert werden, sich nicht vom »nationalen Sozialismus« täuschen zu lassen. Es stimme nicht, wenn Mitglieder des rechtsextremen »Infoportals freier Kräfte aus Celle« den Eindruck zu erwecken versuchten, „als seien Ausländer und der Islam an sozialer Ungerechtigkeit und Arbeitslosigkeit schuld.“ Und weiter: „Bei uns sind alle Schülerinnen und Schüler willkommen, egal wo sie herkommen, welche Religion sie haben oder welche Sprache sie sprechen. Aus dem Geschichtsunterricht wissen wir, dass durch den Nationalsozialismus schlimme Verbrechen begangen worden sind und sich so etwas nie wiederholen darf. Probleme können wir nur gemeinsam lösen, wenn jeder Einzelne in einer fairen Diskussion seine Meinung äußern darf und niemand ausgeschlossen wird. Deswegen ist an unserer Schule kein Platz für Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass oder Diskriminierung. Wir stehen zur Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage!“ Schöne Reaktion – vielleicht sollten sich die Schulen auf die ungebetenen Gäste vorbereiten und Infos parat haben, die die Ideologie der Neonazis ausführlich auseinandernehmen.

Köhler b(l)ack?

Der Meißendorfer Kommunalpolitiker Wilhelm Köhler ist, wie er im April bekannt gab, zur CDU zurückgekehrt. Die vergangenen 25 Jahre war er zunächst für die »Republikaner«, später für das »Sozialpatriotische Bündnis« aktiv. Letzteres verfügte als norddeutsches Netzwerk über gute Kontakte zu Kadern der NPD und anderen rechtsextremistischen Kräften. Köhler hat seit langem Mandate im Ortsrat Meißendorf, im Gemeinderat Winsen und im Celler Kreistag. Die wird er künftig als Mitglied der jeweiligen CDU-Fraktionen ausüben. Die CDU äußerte sich nicht zu ihrem neuen Mitglied und dessen »Vergangenheit«. In Winsen hat sich auch seine »SPB«-Kollegin Anneliese Binar der CDU-Fraktion angeschlossen, die so wieder die stärkste Kraft im Gemeinderat ist.

Konstruktiv

Die Beiträge des Celler Landtagsabgeordneten Karl-Heinrich Langspecht (CDU) in der 102. Sitzung vom 17. März 2011: „Wie kommen Sie dazu, »so spät« zu sagen? Ganz ehrlich, das ist unerträglich!“ / „Sie sind ein Skandal!“ / „»Ziemlich viel« ist nicht die volle Wahrheit!“ / „Das schafft er ja nicht!“ / „Unverfroren ist das!“ / „Eine Unverschämtheit!“

Ezidin abgeschoben

Erstmals seit den 1990er Jahren musste eine ezidische Kurdin aus Nienhagen mit ihren beiden kleinen Kindern auf Betreiben des Landkreises Celle in die Türkei ausreisen. Die 26-Jährige war 2005 nach Deutschland geflohen, wo ihre beiden heute sechs- und zweijährigen Kinder geboren wurden. Ihr Asylantrag war abgelehnt worden, wohl weil sie sich im Verfahren nicht auf eine Verfolgung als Ezidin stützen konnte. Denn ihre Eltern leben noch in der Türkei. Der Landkreis Celle ordnete die Abschiebung an – und nachdem auch ein Antrag bei der niedersächsischen Härtefallkommission keinen Erfolg brachte, hat die Ezidin Fördermittel für die „freiwillige Ausreise“ beantragt. Das Ezidische Kulturzentrum

hatte gegen die faktische Abschiebung protestiert und an einer Protestaktion auf dem Heeseplatz beteiligten sind rund rund 50 Ezid_innen. Aus Nienhagen wurde die Familie in das Lager Bramsche gebracht, von wo aus dann die Abschiebung in die Türkei erfolgte.

68 irakische Familien

68 Flüchtlinge mit ezidischem Glauben aus dem Irak muss die Stadt Celle in den nächsten Monaten als Asylbewerber neu aufnehmen. Insgesamt will die Landesaufnahmebehörde dem Landkreis Celle 148 Personen zuweisen. Es ist davon auszugehen, dass alle Flüchtlinge ein so genanntes „humanitäres Aufenthaltsrecht“ erhalten. Damit geht immerhin einher, dass sie nicht unter die Gutscheinregel fallen und nicht vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Von den bisher in Celle Eingetroffenen sind 36 Kinder und Jugendliche.

Linke: Energiewende

Vor dem Hintergrund der Katastrophe von Fukushima macht die Fraktion DIE LINKE/BSG im Kreistag einen Anlauf, die Energiewende im Landkreis Celle als zentrales politisches Ziel zu verankern. Sie hat beantragt, dass Politik und Öffentlichkeit mit einem umfassenden Datenbestand versorgt werden sollen, auf dessen Basis die kommunale Energie- und Klimaschutzpolitik endlich Gestalt gewinnen kann. Wolf Wallat erklärte für die Fraktion, dass Verwaltungsspitze und die CDU-Mehrheitsfraktion sich endlich dieser Aufgabe stellen müssten: „Es ist nicht damit getan, sich um die Energieeffizienz bei landkreiseigenen Gebäuden zu kümmern. Die Energiewende hat absolute Priorität, und wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass da alles von selbst kommt. Heizelmännchen gibt es nur im Märchen.“ Deshalb will die Fraktion zum einen, dass der Landkreis eine Stabsstelle für Energiewende und Klimaschutz einrichtet. Und sie fordert von der Verwaltung, dass Politik und Öffentlichkeit noch vor der Kommunalwahl im September mit zentralen Daten zu Entwicklung, Stand und Perspektiven der Energiewende im Landkreis Celle informiert werden. Wallat:





„Für eine sinnvolle und informationsgestützte politische und gesellschaftliche Diskussion müssen jetzt mal Fakten auf den Tisch. Nur so können sich Politik und Gesellschaft vernünftig über kommunale energie- und klimapolitische Ziele verständigen.“

Altstadtfest fällt aus

Nach der Streetparade lässt die Stadt Celle dieses Jahr auch das Altstadtfest in seiner bekannten Form ausfallen. Kosten- und Organisationsgründe werden für diese Sparmaßnahme seitens Rat und Verwaltungsspitze angegeben. Ersatzweise soll die Stadt am 13. August mit einer »Rocktail«-Produktion belebt werden.

Böse Schwestern

Auf Einladung des Celler Kreisverbandes des DGB feierten zahlreiche Frauen und einige Männer den 100. Internationalen Frauentag. Im vollbesetzten »Kunst & Bühne« begrüßten Sabine Saur (DGB-Kreisvorsitzende) und Sabine Schwarz (IG Metall) mit einem informativen Dialog über die Entwicklung des von der Sozialistin Clara Zetkin initiierten Kampftages die Anwesenden. Sabine Saur verwies auf die Erfolge, aber auch auf die zukünftigen Aufgaben der Frauen- und Gewerkschaftsbewegung. Engagiert betonte sie, dass nichts vom Himmel fiel, sondern alles erkämpft wurde. Anschließend präsentierten sich die „Die bösen Schwestern“ Anita und Magda mit einem humoristischen und teilweise nachdenklichen Feuerwerk aus flotten Sprüchen und witzig bearbeiteten Musikcollagen. Dem begeisterten Publikum gaben sie einige Zugaben.

Riegers Freunde in Faßberg

Anfang März wurde bekannt, dass Siv Anette von Fintel, ehemals Westedt, in Faßberg ein Ladengeschäft gekauft hat. Zur Erinnerung: Siv von Fintel hat bereits versucht, über ihre Internetseite »Luxusdomizil« Riegers Kino in Hameln zu dessen Lebzeiten zu vermakeln. Auf ihrer Internetseite bezeichnete sie Rieger, einen Nazi durch und durch, als ihren Freund: *„Jürgen, ich habe dich sehr gern. Seit 6 Jahren kennen wir uns nun schon. Mit dir kann ich über alles reden, über Heidentum, Kultur, Kunst, Politik einfach über alles...“* (sh. Revista 53) Auf der Internetseite von Recherche Nord ist zu lesen, dass während eines Treffens der rassistisch-neuheidnischen Naziorganisation »Artgemeinschaft« in Dörverden im Jahre 2005 Mitglieder der Familie von Fintel mit dabei war, als zwei Journalist_innen tätlich angegriffen wurden. Aktuell heißt es vom Verfassungsschutz zu Familie von Fintel: *„keine Aktivitäten.“* Damit nicht vergessen wird, wer die neuen Inhaber des Ladengeschäfts sind, wurde das Schaufenster mit Plakaten zugesteuert.

CD Kaserne & Sexismus

Es ist erstaunlich, welch ein »Roll-Back« es in der Frage gibt, was »sexistisch« ist. Im Bunten Haus musste darüber diskutiert werden, dass eine Flyerwerbung mit PinUp-Motiv mit den Kriterien des Zentrums nicht vereinbar ist. Das »Celle.TV«-Werbeplakat, mit dem das »Rio's« sein Fenster »schmückt«, könnte in der Übertreibung zwar schon wieder als Spiel mit sexistischen Klischees durchgehen. Aber eben nicht wirklich. Jetzt lässt die CD Kaserne zu, dass es bei der »Cellebration«-Party einen unterschiedlichen Eintritt für Männer und Frauen geben soll. Wo Männer 10 Euro an der Abendkasse zahlen, sollen Frauen bis 23.30 Uhr nur 7 Euro. Selbstverständlich geht es dem Veranstalter – wie jedem Dorfdiscobetreiber – darum, Frauen als »Lockvögel« für die männlichen Besucher zu missbrauchen. (Nebenbei werden selbstverständlich auch eintrittszahlende Männer diskriminiert.) Zentral aber geht's um den Sexismus. Die CD Kaserne sollte diese Praxis beenden – irgendwie passt es nicht zusammen bei Förderprogrammen wie »TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN« als Gender-Profis aufzutreten und gleichzeitig sexistische Werbung zuzulassen.

Restwasserstraße

Liest man die Berichte in der CZ, könnte einem die Idee kommen, die Aller würde deswegen als Bundeswasserstraße abgeschafft, weil die hiesige SPD-Bundestagsabgeordnete Lühmann als Mitglied des Verkehrsausschusses es versäumt habe, den Celler Abgeordneten Otte (CDU) rechtzeitig über die Pläne des Verkehrsministeriums zu informieren.

Es sieht nun aber so aus, dass die Bestrebungen eben dieses Ministeriums, laufend die Wirtschaftlichkeit »ihrer« Bundeswasserstraßen zu überprüfen und so unter Anwendung neuer Kriterien (nach transportierter Tonnage z.B.) eine Neuklassifizierung, entsprechend den veränderten Verkehrsverhältnissen, vorzunehmen, schon seit Jahren veranstaltet werden. -. Sollte die Aller bei einer solchen Klassifizierung in die Kategorie »Restwasserstraße« fallen, brauchte das Wasser- und Schifffahrtsamt Verden nicht mehr seiner vornehmsten Verpflichtung nachzukommen, nämlich *„für die Leichtigkeit der Schifffahrt zu sorgen“* (so heißt der Fach-Terminus wirklich) und der Bund wäre zudem alle Zuständigkeit für den Erhalt und Betrieb der Schleusen los.

Emotionslos betrachtet stellt sich also die Frage: Sollen weiterhin Millionen aufgewendet werden, um ein paar Sport- und Freizeitschiffer_innen die Möglichkeit zu erhalten, sonntags vom Celler Hafen zum Kaffeetrinken mit ihren Motoryachten zur Schleuse Oldau zu fahren? (Okay, es gibt ja noch einen Fahrgast-Berufsschiffer, der den Linienverkehr bis Bannetze betreibt).

Mit Emotionen: Zugegebenermaßen hat die Vorstellung doch seinen Reiz, auf dem Wasserweg direkt von Celle nach Marseille zu reisen oder auch: Celle liegt irgendwie an der Nordsee.

Die Ankündigung des Verkehrsministeriums, die Aller zur Restwasserstraße zu deklassieren, könnte auch darin begründet sein, bei eventuellen Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen und betroffenen Landkreisen Spielraum zu haben und anzubieten, den Fluss in die vorletzte Klasse, nämlich die »Touristenklasse«, einzuordnen. Dann wäre der Bund weiterhin, wenn auch eingeschränkt, für alle Anlagen, die zum Betrieb nötig sind, verantwortlich, könnte aber auch bestimmte Streckenabschnitte bzw. Schleusen aus dem Betrieb nehmen (wie an der Leine geschehen).



Hello liebe Leser_innen!

Diesmal melden wir uns nur auf zwei Seiten zu Wort, die aber dafür rappellvoll sind mit Infos zur aktuellen Kampagne „Solidarität mit Sven, Stefan und Tim“. Ihr findet einen einleitenden Text, einen Kurzbericht von der Demo am 16.4. und einen Redebeitrag von dieser. Auch wir möchten die Chance nutzen und den Angeklagten an dieser Stelle Kraft für den anstehenden Prozess wünschen. Dazu ein herzliches „Fuck You!“ an alle Nazis da draußen!
Eure Redaktion

P.S. Kommt mal wieder ins Bunte Haus!

SOLIDARITÄT MIT SVEN, STEFAN & TIM! ANTIFASCHISMUS IST NOTWENDIG, NICHT KRIMINELL

Sven, Stefan und Tim wird vorgeworfen an einer Auseinandersetzung mit einer Gruppe Neonazis beteiligt gewesen zu sein. Gegen sie wird nun wegen „gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung“ ermittelt. Die erhobene Anklage stützt sich einzig und allein auf belastende Aussagen bundesweit bekannter und aktiver Mitglieder_innen der gewalttätigen Neonazisszene.

WAS PASSIERT IST ...
Am 13. Mai 2010 wurde eine 15-20 Personen große Gruppe stadtbekannter Nazis in Hannover nach Eigenaussagen von mehreren verummten Personen angegriffen und verletzt. Die Nazis Patrick Heise und Marc Oliver Matuszewski wollen erst im Nachhinein nach einer Fotovorlage durch die ermittelnden Bullen drei Personen identifiziert haben.

Die belasteten Antifaschist_innen sind der rechten Szene seit geraumer Zeit bekannt: Als politische Gegner_innen, Aktive im Kampf gegen Rassismus und Faschismus.



NEONAZIS & EIN BESUCH IN DER NORDSTADT ...
Die hannoversche Nordstadt gilt als ein alternativer Stadtteil. Übergriffe durch Nazis auf Wohnungslose, Migrant_innen, Homosexuelle, Juden und Jüdinnen oder Linke sind hier bisher eine Seltenheit geblieben. Am „Vatertag/Himmelfahrt“ 2010 besuchte eine 15-20köpfige Gruppe Neonazis die Kneipe „Dani’s Pub“ am Rande der Nordstadt. Die betrunkene Männergemeinschaft verklebte Naziaufkleber, schmierte Anti-Antifa-/NS-Graffiti und bedrohte ungestört Passant_innen in der Umgebung der Kneipe: Ein gezielter Versuch in der Nord-

stadt Boden gut zu machen und Angst unter Andersdenkenden und in ihren Augen „Andersartigen“ zu schüren. Erst ein konsequentes Eingreifen seitens Antifaschist_innen beendete an diesem Tag das neonazistische Treiben und macht es möglich, dass Besuche dieser Art zumindest in der Nordstadt Einzelfälle bleiben.

POLIZEI, STAATSSCHUTZ UND ...

Am Tatort konnte niemand festgesetzt werden. Dafür griff eine Polizeistreife in der Nähe des linken Jugendzentrums UJZ Kornstraße drei junge Erwachsene auf und nahm diese zur „Erkennungsdienstlichen Behandlung“ fest. Das Verfahren gegen diese drei Personen musste von den Bullen fallen gelassen werden. Allerdings schaltete sich umgehend der Staatsschutz in die Ermittlungen ein und legte drei der Nazis eine Fotosammlung mit ca. 30 Menschen vor, die der politisch linken Szene Hannovers zugeordnet werden. Konnte direkt im Anschluss an dem Vorfall vor der Kneipe keiner der Anti-Antifa-Aktivist_innen eine Aussage zu den vermeintlichen Täter_innen machen, gaben diese nach der Sichtung der Bilder an, nun drei Antifaschist_innen identifizieren zu können. Vor dem Hin-

VOLKS- ZÄHLER



VERB



ZUTRITT

NOTEN

tergrund, dass die drei Betroffenen durch ihr antirassistisches und antifaschistisches Engagement über Jahre den Nazis bekannt sind, ist diese Identifikation wenig verwunderlich: Sven wurde bereits 2009 auf der Homepage der NPD-Hannover mit Namen, Beschreibung der Person, sowie Wohnort geoutet. Er hatte an Protesten gegen einen NPD-Stand teilgenommen. Es ist brisant mit welcher Selbstverständlichkeit Polizei und Staatsschutz den Nazis Fotos von Linken präsentiert und sie damit einer erheblichen Gefahr aussetzt.



Am 16. April 2011 beteiligten sich etwa 400 Teilnehmer_innen an der Demonstration „Solidarität mit Sven, Stefan und Tim“ in Hannover und protestierten damit gegen die Kriminalisierung antifaschistischer Arbeit. Die Demo begann am Hauptbahnhof und führte durch die Innenstadt zur Zwischenkundgebung auf dem Klagesmarkt. Dann ging es auf dem Weg in die Nordstadt vorbei am „Dani's Pub“ sowie einigen pöbeln-

den Nazis vor der Wohnung des bekannten „Autonomen Nationalisten“ Benjamin Krüger zur Abschlusskundgebung an der Lutherkirche. Nachdem dann die Polizei nochmal kurz unterstrich wer das Sagen hat und einige Menschen vorübergehend in Gewahrsam nahm, ließ ein Großteil der Demoteilnehmer_innen den Nachmittag beim veganen Grillen im UJZ Korn ausklingen.

Auf der Demo wurde ein kurze Redebeitrag gehalten, der u.a. über die Verbindungen der Celler und Hannoveraner Nazisenen informierte. Dieser ist im Folgenden dokumentiert.

Dear Antifascists!

Zu dem Haufen Nazis, der am sogenannten Vatertag letzten Jahres durch die Nordstadt zog, pöbelte und Menschen bedrohte gehörten auch mindestens zwei bekannte Celler Neonazis. Helge Grotjans und Jan Tremmel sind zwei der aktivsten Mitglieder der Celler Naziszene. Sie sind immer wieder bei vielen Aktivitäten sowohl in Celle als auch im Raum Hannover anzutreffen.

Insbesondere Grotjans ist hinlänglich als gewaltbereit bekannt und schon mehrfach wegen Gewaltdelikten aufgefallen. Dieses Jahr soll er u.a. an den Angriffen auf ein linkes Wohnprojekt in Dresden beteiligt gewesen sein. Jan Tremmel verwaltete bis zuletzt die Internetseiten der Celler Neonazigruppierungen. Auf Facebook zeigt sich, dass Tremmel bei der Konfrontation im letzten Jahr wohl nicht genug bekommen hat. So kündigt er an: „Wird Zeit, daß es Vatertag wird, dann (spätestens) räumen wir in der Nordstadt mal wieder auf [...]“

Dass die beiden Nazis aus dem Celler Raum schon 2010 dabei waren, ist kein Zufall. So gibt es immer wieder gemeinsame Aktionen der verschiedenen Gruppen aus Celle und Hannover. Während den regelmäßigen Schulhofaktionen, bei denen die Hannoveraner Nazizeitung „Bock“ und anderes Propagandamaterial verteilt wurde, halfen sich Celler und Hannoveraner Nazis gegenseitig. Außerdem wurde der Infostand der sogenannten „Dresden-Aktionswoche“ in Celle vor allem von Hannoveraner „Kamerad_innen“ durchgeführt.

Die Celler Nazis sind die Veranstalter_innen der Sonnenwendfeiern auf Hof Nahtz in Eschede. Auch hier finden sich regelmäßig Gruppen aus Hannover ein, um sich mit dem Rest der norddeutschen Szene auszutauschen. Im Juni stehen hier die nächste Veranstaltung und Gegenproteste an.

Wir sehen es als notwendig an, Antifaschismus auch über Stadtgrenzen hinweg zu vernetzen und konsequent durchzusetzen.

Solidarität mit den Angeklagten! Für einen konsequenten Antifaschismus und die befreite Gesellschaft! Für den Kommunismus!

Revolution Kids im April 2011

Nur Schafe lassen sich zählen

Die Volkszählung –Zensus 2011 – ist im vollen Gange und scheinbar interessiert es keine_n. Das mag mehrere Gründe haben. Zum einen das Gefühl „die wissen ohnehin schon alles von uns“, sowie die Tatsache, dass so gut wie jeder Widerstand verboten ist; genauso die schlechten Informationen, aber vielleicht auch, weil ja nur ein Teil von uns betroffen ist und wir alle hoffen, dass es gerade uns nicht trifft. Aber das stimmt nicht so ganz: Wir sind alle betroffen.

„In der Presse werden oft nur die 10 % der Bevölkerung erwähnt, die nochmals zur Kontrolle der erfassten Daten befragt werden sollen. Hierbei wird die nachfolgend näher beschriebene Dreigliedrigkeit dieser Volkszählung unterschlagen: Demnach werden von allen Meldeämtern, der Agentur für Arbeit und der nach dem Finanz- und Personalstatistikgesetz auskunftspflichtigen Stellen die Daten für alle dort gemeldeten bzw. erfassten Personen übermittelt und über Ordnungsnummern verknüpft. Dann werden 100 % der Wohnungs- bzw. Hauseigentümer mit Fragebögen befragt und als dritter Schritt wird eine repräsentative Stichprobe von bis zu 10 % des ermittelten Personenkreises nochmals detailliert befragt...“ (<http://zensus11.de>)

Weiterhin werden alle Menschen, die einem sog. Sonderbereich zugeordnet werden, im Rahmen dieser Befragung erfasst. Zu Sonderbereichen zählen „Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünfte, Wohnheime und ähnliche Unterkünfte.“ Das sind u.a.: Gefängnisse, Wohnheime für alte Menschen oder Menschen mit Behinderungen, Psychiatrien, Obdachlosenunterkünfte usw. Jeder Obdachlose wird zwangsweise einer so genannten Notunterkunft zugeordnet und fällt somit zwangsläufig in diesen Bereich.

„Es ist erklärtes Ziel, eine umfassende und so gut wie vollständige Adress-, Wohnungs- und Gebäude-Datenbank zu erzeugen, die mit allen erfragten und abgerufenen Daten gefüttert wird. Trotzdem werden nur schätzungsweise 20 bis 25 Millionen Menschen direkt mit dem Ausfüllen von Fragebogen konfrontiert werden.“ (<http://zensus11.de>)

Ein Teil der Fragebögen wird per Post verschickt (z.B. an alle Gebäude- und Wohnungseigentümer), im Fall der Haushalbefragung soll die Befragung von „mehreren Tausend“ Volkszähler_innen durchgeführt werden, die die Haushalte dann direkt aufsuchen.

Ab dem 9. Mai 2011 schwärmen die Volkszähler_innen aus, spätestens jetzt stellt sich die Frage: Was tun??

Die 10 % der Menschen, die von der Haushaltsbefragung betroffen sind, werden von eine_r Volkszähler_in „besucht“. „Man ist weder verpflichtet, den Volkszähler in seine Wohnung zu lassen, noch kann man zu einer sofortigen Beantwortung verpflichtet werden. Wir empfehlen einen höflichen, sachlichen und würdigen Umgang mit dem Volkszähler. Vermutlich können Sie den Fragebogen entweder per Post zu-

rücksenden oder Ihrem Volkszähler zurückgeben. Falls Sie die Volkszählung verweigern möchten, raten wir zur Entgegennahme des Fragebogens und der freundlichen aber deutlichen Mitteilung an den Volkszähler, dass Sie die Preisgabe Ihrer persönlichen Daten verweigern werden.“ (<http://zensus11.de>) Konkret heißt das, es muss niemanden in die Wohnung lassen gelassen werden, es besteht aber die Verpflichtung, Auskunft über Name, Geburtsdatum, Lage der Wohnung und Anzahl der Bewohner_innen zu geben



Tipps für das weitere Verhalten vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://zensus11.de/fragebogen-bekommen-hilfe/>):

Du hast einen Fragebogen bekommen und weißt nicht weiter?

Wichtig ist: Informiere dich kritisch, gerne auch unabhängig von uns und bilde dir eine eigene Meinung. Erst danach solltest du für dich selber überlegen, wie du dich verhalten willst (siehe auch das Entscheidungsdiagramm).

Hier gibt es eine knappe Übersicht der verschiedenen Möglichkeiten, was du tun kannst!

- Fragebogen beantworten.
- Fragebogen nicht beantworten, stattdessen *Widerspruch* einlegen, gleichzeitig beim für dich zuständigen Verwaltungsgericht "*Eilantrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung*" einlegen. Der Eilantrag muss eine ausführliche Darlegung beinhalten, warum man sich z.B. das Zensusgesetz oder das Ausführungsgesetz seines Bundeslandes in seinen Grundrechten unzulässigerweise beeinträchtigt sieht. Rechtsanwaltliche Hilfe ist spätestens zur ausführlichen Begründung des Eilantrags sehr zu empfehlen.
- Sich darüber informieren, was von den Behörden als Volkszählungsboykott gewertet werden könnte und was wir hier deswegen nicht empfehlen dürfen. Siehe z.B. Volkszählungsfiabel.

Im Zusammenhang mit der juristischen Vorgehensweise noch folgende Hinweise:

Weitere rechtliche Hinweise und Mustertexte findet ihr im kostenlosen Online-Ratgeber von Eva Dworschak oder im Buch von Verena Rottmann.

Leider lassen sich die Verfahren nicht bündeln – jeder muss, wenn er/sie das für richtig hält, sein/ihr eigenes Verfahren anstrengen und bezahlen! Von Veteran_innen der 80er-Jahre-Boycottbewegung erhielten wir folgenden Rat: Sich mit mehreren zusammentun und Geld zusammenlegen. Nur einer aus dieser Gruppe beschreitet dann diesen Klageweg, symbolisch auch für die anderen Beteiligten stellvertretend.

Weitergehende juristische Details:

- Widerspruch und Eilantrag können erst bei einer „Heranziehung zur Auskunftserteilung“ erteilt werden. Auch bei einer Zwangsgeldandrohung und bei einem Bußgeldbescheid geht das noch, kann dann aber aus rechtstechnischen Gründen teurer werden.
- Es ist wichtig, die Widerspruchsfrist zu beachten und einzuhalten. Bei Bußgeldbescheiden müssen innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung Widerspruch und Eilantrag eingereicht werden (eine ausführliche Begründung des Eilantrags kann ggf. nachgereicht werden), bei Widerspruch gegen den „Heranziehungsbescheid“ beträgt die Frist einen Monat ab Zustellung.
- Die zu erwartenden Prozesskosten richten sich unter anderem nach dem Streitwert des Verfahrens. Falls Buß- oder Zwangsgeld in Höhe von wenigen hundert Euro angedroht sind, liegt der Streitwert damit recht niedrig, was günstig für die Prozesskosten sein kann. Andererseits ist es damit auch ein für eure Rechtsanwälte unlukratives Verfahren. Falls es noch zu keiner Strafgeldandrohung gekommen ist, kann der Streitwert für den immateriellen Schaden auf 5.000 Euro festgelegt werden. Dann sieht es damit also etwas anders aus ...
- „Wer arm ist hat einen Vorteil“, sagte neulich ein Rote-Hilfe-Rechtsanwalt in diesem Zusammenhang. Warum? Zum einen besteht die Möglichkeit zur Beantragung von Prozesskostenhilfe (wird der Prozess allerdings verloren, muss trotzdem gezahlt werden!) zum anderen – und das kann viel interessanter sein – können Zwangs- und Bußgelder u.U. wirkungslos verpuffen. Diese dürfen nämlich nicht durchgesetzt werden, wenn die betroffenen Menschen kein Geld haben.

Der Widerspruch erfolgt formlos, ein Eilantrag „zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung“ muss sich auf § 80 VvGO beziehen. Tip: Solange ihr auf amtliche Art und Weise noch keinen Fragebogen oder eine andere Aufforderung erhalten habt (z.B. durch Einschreiben oder persönliche/amtliche Zustellung durch Behördenmitarbeiter), solange handelt es sich auch noch nicht um einen Amtsakt, auf den überhaupt reagiert werden müsste.

Bei weiteren Fragen kannst du dich gerne an kontakt@zensus11.de wenden.



Blick nach links (4)

Energetika

Heute stellte sich die Frage: „Was kann ich in der Zeit zwischen zwei Montags-Mahnwachen auf der Stechbahn sonst so tun, wenn ich am Thema Energie dranbleiben und auch noch Spaß dabei haben will?“

Antwort: „Das Strategiespiel »Energetika« spielen.“

Dieses Spiel funktioniert direkt in jedem Browser unter www.energiespiel.de, ohne Installation irgendwelcher Dateien und ist zudem kostenlos. In diesem Spiel geht es um die Schaffung eines idealen „Energiestaates“, in dem also die Energieversorgung unter Erhaltung einer intakten Umwelt sichergestellt ist. Dieses Ziel soll bis ins Jahr 2050 erreicht sein. Die Spieler errichten Kraftwerke, forschen an neuen Technologien und begegnen dabei Schwierigkeiten, die auch hier in der virtuellen Welt, bei Mischung von Umweltverträglichkeit und Ökonomie, auftreten. So lassen sich nicht nur neue Gas-, Wasser-, Geothermie- und Atomkraftwerke bauen und stilllegen, Solaranlagen installieren, es können auch Demos und Proteste der Anwohner z.B. gegen Castor-Transporte und geplante atomare Endlager organisiert werden.

Ursprünglich ist es als Lernspiel für den Unterricht entworfen worden und daher nicht sehr umfangreich. Leute, bei denen Strategiespiele zocken zum Alltag gehört, werden sich sicher ziemlich bald gelangweilt abwenden, mir hingegen als Gelegenheitsspieler macht es Spaß und ich lerne eine Menge dazu, wenn ich hier einen Atommeiler abreiße, da ein neues Pumpspeicherkraftwerk errichte und so dem Traumland „Energetika“ in Zukunft eine sichere, saubere Energieversorgung verschaffe.



Reise durchs (wilde) Kurdistan

Im März 2011 war eine Celler Delegation in der kurdisch-türkischen Stadt Batman. Im Raum steht eine Art Städtepartnerschaft. Batman ist eine Stadt weit im Osten der Türkei. Sie hat 300.000 Einwohner_innen. Es gibt einige Betriebe aus der Erdölindustrie. Viele Celler Kurd_innen kommen ursprünglich aus dieser Gegend. Der Bürgermeister kommt von der kurdischen Partei BDP. Wir sprachen mit einem Mitglied dieser Delegation, das hier in einem Industrieunternehmen tätig ist.

Du warst vom 17. März bis zum 22. März 2011 mit einer Celler Delegation in der Türkei, genauer in der kurdischen Stadt Batman. Wie viele Personen wart ihr? Welches Spektrum war vertreten? Was war der Anlass?

Wir waren 20 Personen. Es war ein breites Spektrum vertreten: u.a. Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, vom Sportverein Dicle, von der Lobetalarbeit und der Jugendarbeit in der CD-Kaserne, die Gleichstellungsbeauftragte vom Landkreis, eine Lehrerin von einer BBS, ein Pastor, die Bundestagsabgeordnete der SPD, Lühmann, verschiedene Stadt- und Kreistagsabgeordnete von SPD, Die Linke und BSG, Die Grünen, Mitarbeiter von den niedersächsischen Gedenkstätten und vom kurdischen Kulturverein EKZ. Letzterer bildete das Organisationsteam.

Anlass war die angestrebte Städtepartnerschaft zwischen Celle und Batman; Ziel war das Kennenlernen der dortigen Stadtverwaltung und von dortigen Institutionen und Initiativen.

Mit wem seit ihr ins Gespräch gekommen? Was waren die Hauptpunkte eures Besuchsprogramms?

Das Programm war ein wenig wie ein Marathonlauf. Deshalb hier nur eine Aufzählung. Wir sprachen mit dem Oberbürgermeister von Batman, sowie Mitarbeitern der Stadtverwaltung; dem Oberbürgermeister von Diyarbakir, eine Millionenstadt in Kurdistan; Vertretern des Bildungszentrums für Jugendliche; besuchten diverse Kulturzentren; den Frauenverein in Batman; Musik- und Gesangsgruppen; die kurdischen Partei BDP (Partei für Frieden und Demokratie). Wichtig war der Besuch bei *Hevildana Hasankeyf*, einem Verein zum Erhalt von Hasankeyf; das ist dort, wo es die alten Felshäuser gibt und das einem Stausee weichen soll, dort haben wir jede Menge Apfelbäume gepflanzt und sind auch noch über das dort brennende Newroz-Feuer gesprungen. Okay, nicht alle. Wir haben ezidische Dörfer besucht und mit den verbliebenen Bewohnern gesprochen.

Wir haben auch an einer Veranstaltung der Banqa Xwarinê (dt. „Essensbank“; ein Sozialprojekt, im Entstehen) im Gebäude der Stadtverwaltung teilgenommen und die Parkanlage von Batman besichtigt, in der wir einige Eichen, die wir aus Deutschland mitgebracht hat-

ten, gepflanzt haben - zusammen mit unserem OB.

Was hat dich besonders interessiert und was hat dich besonders beeindruckt?

Stark beeindruckt hat mich die Lebendigkeit: die vielen Kinder und Jugendlichen, die Musik, die 12 km lange Stadtmauer aus Vulkangestein von Diyarbakir, auf der wir mit vielen Besuchern impulsiv getanzt haben, was gleichzeitig verboten ist; das Nebeneinander der Kulturen und von Religionen, – so haben wir z.B. eine christliche Kirche in Diyarbakir besucht; das Engagement, der Friedenswille von so Vielen – eine Art gelebter Demokratie. Gleichzeitig beeindruckt die karge Landschaft, die Bescheidenheit und Ursprünglichkeit der Landbevölkerung. Und das alles, obwohl 40 % arbeitslos, weitere 40 % geringfügig beschäftigt und nur 20 % fest angestellt sind. Trotzdem oder gerade deshalb strahlt der Bürgermeister eine feste Zuversicht in die Zukunft aus. Wie sieht das bei uns aus?

Die Stadt Batman mit ihren 300.000 Einwohner_innen wird von der kurdischen Partei BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) politisch dominiert. Merkt man das irgendwie? Kannst du sagen, wofür die BDP politisch steht?

Die BDP steht für direkte Demokratie (Basisdemokratie) auf breiter Basis. Insbesondere sind die Frauen sehr engagiert. Die BDP vor Ort wird von einer Doppelspitze geführt, also Mann und Frau. Sie ist die einzige Partei, die sich für die kulturelle Identität der Kurden einsetzt. So ist immer noch das Schreiben in kurdischer Sprache untersagt. Auch dürfen Buchstaben wie X, W und Q nicht verwendet werden, weil sie im Türkischen nicht vorkommen. Wie soll das gehen? Die Kurden unterliegen einem starken Assimilationsdruck, während die Türken in Deutschland aufgefordert werden, sich nicht (!) zu assimilieren.

Die BDP steht für die verfassungsrechtliche Anerkennung der Kurden als Ethnie, für das Recht auf Ausübung ihrer Sprache und Kultur, für muttersprachlichen Unterricht an der Schule, für eine Autonomie der kurdischen Provinzen innerhalb des Staates Türkei. Die Forderung nach einem Staat Kurdistan ist kein Thema und keine Forderung. Die BDP möchte, dass die Söhne und Töchter, die jetzt noch bei der Guerilla in den Bergen sind, straffrei zurückkommen können.

In den 90er Jahren wurden über 3000 Dörfer niedergebrannt, 40.000 Menschen starben. Es ist genug.

Während des Besuches gab es ja das Neujahrsfest »Newroz«, das von den Kurden als eine Art Nationalfeiertag gefeiert wird und oft von der türkischen Polizei behindert wird. Habt ihr an Newroz teilnehmen können?



Mitte links: Umweltschützer_innen in Aktion. Baumpflanzungen am geplanten Staudammprojekt in Hasankeyf. Unten links: Einzigartig in der Türkei: Öko-Haus in Diyarbakir.

Oben: Durch Binnenflüchtlinge nötig: Forcierter Häuserbau in Batman. Mitte rechts: 140.000 Menschen bei Newroz-Feier am 20. März 2011 in Batman. Unten rechts: Namensgeber des kommunalen Kinos in Batman ist der fortschrittliche Filmemacher Yılmaz Güney. (Fotos: Paul Stern)

Selbstverständlich wurden wir eingeladen und nahmen teil. Es war ein großes Fest. In Batman waren es über 100.00 Menschen – beeindruckend. In Diyarbakir sollen es schätzungsweise eine Million gewesen sein. Und in der hiesigen Presse erfährt man nichts davon und im Fernsehen sieht man davon auch nichts! Eigentlich ist das die größte Massen- und Protestbewegung im Nahen Osten.

Gibt es Ideen, Projekte, Kulturelles – wie es zwischen Celle und Batman weitergehen soll und kann?

Es wurden vor Ort Projekte angesprochen und weitere Projekte sind schon seit längerem am laufen wie z.B. die Brieffreundschaft zwischen Kindern der Ge-

sangs- und Musikgruppe aus Batman und den Schülerinnen der Grundschule Altencelle.

Anfang Mai wird es ein weiteres Treffen der Delegation im EKZ geben zur Absprache der weiteren Vorgehensweise.

Aus Batman wird demnächst, am 9. Mai 2011 um 19:30, der Sänger Hivron nach Celle kommen und in der reformierten Kirche ein Konzert geben.

Des Weiteren wird jeder in seinem Bereich versuchen, mit den Vereinen, Institutionen und Organisationen von Batman ein Projekt zu starten, um die Beziehung zu verstärken.

Abdullah Öcalan

Jenseits von Staat, Macht und Gewalt

Eine Lesung der etwas anderen Art gab es am 6. April im Bunten Haus. Drei Viertel der etwa 45 Besucher_innen waren kurdisch und davon wiederum gut die Hälfte weiblich – äußerst ungewöhnlich. Reimar Heider, viele Jahre in der Türkei lebend, sprach und las über die kurdische Bewegung, kurdische Parteien, die PKK und die Guerilla.

Er stellte das Buch von Abdullah Öcalan »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt« vor; 2005 in hoher Auflage auf türkisch erschienen, 2010 in deutscher Übersetzung. Das Buch ist fast 600 Seiten stark, zwar gut lesbar, aber trotzdem werden es nur wenige unserer Leser_innen tun. Drei bis vier Aspekte seien hier erwähnt, die vielleicht doch überraschen.

Entschieden wies Reimar Heider das in der deutschen Öffentlichkeit liebevoll gepflegte Bild von der PKK als einer »Terroristenbande« zurück: Wider besseren Wissens halten die deutschen Behörden, der Verfassungsschutz usw. an der Terrorkeule fest - sofern der Vorwurf jemals berechtigt war. In den letzten 10 bis 15 Jahren hat es innerhalb der PKK einen gravierenden Prozess der Umwandlung gegeben. Treibende Kraft war und ist dabei ihr politischer Mentor, Abdullah Öcalan, der seit 1999 in Einzelhaft auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali lebt. In seinem Buch sucht er nach Auswegen aus der politischen Sackgasse des bewaffneten Kampfes: Kommunal und demokratisch, antipatriarchalisch und feministisch, ökologisch und antistaatlich – das ist die Richtung, wohin es gehen soll. Die PKK als Kaderpartei, marxistisch-leninistisch orientiert und auf den Guerillakampf fixiert ist Geschichte. Manche ihrer Mitglieder innen werden dem Tempo, das Öcalan da vorgibt, kaum hinterher kommen.



Eine zentrale Rolle spielt bei Öcalan die Kritik am Patriarchat, der Vorherrschaft des Mannes. Er holt weit aus, geht weit in die Geschichte zurück, von der Urgesellschaft über die Sumerer, von Mesopotanien über das Christentum. Für ihn ist die Unterdrückung der Frau die Grundlage für die Durchsetzung der Klassengesellschaften. Umgekehrt, eine frei und gleiche Gesellschaft wird es ohne Freiheit und Gleichberechtigung der Frau nicht geben. Da werden einige Männer noch ordentlich Pfeffer unter den Hintern bekommen.

Auch die PKK wird von Öcalan einer scharfen Kritik unterzogen. Bandenwesen habe es gegeben und Kommandeure, die »der Krankheit der Macht« erlegen seien; sie hätten »die wertvollsten Genossen hinterrücks erschossen, als seien sie Fliegen«. Öcalan: »Wenn ich mich in einer Weise schuldig gemacht habe, dann deshalb, weil auch ich durch die Macht- und Kriegskultur infiziert wurde. Ich wurde Teil diese Spiels, weil ich mit beinahe religiöser Überzeugung geglaubt habe, dass um Freiheit zu erlangen ein Staat und dafür wiederum ein Krieg nötig sei.« Der Guerilla schreibt er nur noch eine rein defensive Verteidigungsaufgabe zu. Sie solle nur noch »der

aufgabe zu. Sie solle nur noch „der Selbstverteidigung und des Schutzes der Bevölkerung“ dienen. Eine Gratwanderung und wohl auch ein Faustpfand für Verhandlungen mit dem türkischen Staat, ist man geneigt anzumerken.

Grundlegend für Öcalans Überlegungen ist auch seine scharfe Kritik des Staates, der Macht des Staates – auch wie er sich im Realsozialismus aufgespielt hat. Seine generell antistaatliche Haltung erinnert in vielem an die Gedanken der Zapatistas in Chiapas (Mexiko). Die Demokratie muss den Staat einschränken, in seiner Macht verkleinern. Die Demokratie muss von unten kommen und sie muss alle Bereiche umfassen, so seine Ideen.

Etwas dünn und allgemein gehalten sind Öcalans Vorstellungen von einer anderen Ökonomie: „... eine Wirtschaft, die auf dem Gebrauchswert und dem Teilen basiert“; „ökologisches Gleichgewicht und ökologische Gesellschaft.“ Fast spirituell heißt es in seinem Schlusswort:

„Attraktiv finde ich ethisch-politische Menschen, die Freundschaft mit Tieren pflegen, in Eintracht mit der Natur leben, auf einem Gleichgewicht der Geschlechter aufbauen, in Freiheit, Gleichheit und Liebe leben und die Kraft der Wissenschaft und der Technik davor bewahren, Spielzeug für Krieger und Mächtige zu sein.“

Wer die kurdischen Gebiete besucht, ist – so Reimar Heider – immer wieder erstaunt, mit welcher Kraft und mit welchem Optimismus die kurdische Gesellschaft versucht, die Ideen von Demokratie, Kommunalismus und Frauenbefreiung umzusetzen. Mitten in einem Umfeld von islamischen Fundamentalismus und imperialer Abhängigkeit wird versucht, ein emanzipatorisches Projekt aufzubauen. Es wird spannend sein, es weiter zu verfolgen.

Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt - Verteidigungsschriften. Mezopotamien Verlag, Köln 2010, 573 Seiten, ISBN: 978-3-941012-20-2, 15 Euro

Protestaktion gegen Bundeswehr-Karrieretruck

Heute Schüler, morgen Mörder?

Mitte März stand der so genannte Karrieretruck der Bundeswehr für eine Woche auf dem Pausenhof der BBS 1 in Altenhagen. Nicht erst seit der Aussetzung der Wehrpflicht, aber jetzt um so mehr, ist deutlich: Die deutschen Streitkräfte haben Nachwuchsprobleme. Seit klar ist, dass Wehrdienst in Deutschland auch wieder ganz real »Kriegsdienst« bedeuten kann, treten zwar aus pazifistischer Sicht immer noch zu viele junge Menschen in die Bundeswehr ein, aus Sicht der Bundesregierung und den von ihnen vertretenen Wirtschaftsinteressen sind es jedoch deutlich zu wenig. Mittels einer groß angelegten Werbekampagne an Schulen, auf kulturellen Großveranstaltungen, in der Arbeitsagentur und auf Berufsmessen soll genug Menschenmaterial für die Beteiligung Deutschlands an Angriffskriegen rekrutiert werden.

Dass das nicht immer ganz störungsfrei verläuft, zeigt nachfolgend abgedruckter Text einer Schulklasse der Landwirtschaftsschule (BBS 4). Sie werden unterrichtet von Lehrer_innen der Nachkriegsgeneration, die aus Sicht der betreffenden Schüler_innen offenbar keine bzw. die falschen Lehren zum Thema Krieg gezogen haben. Im folgenden der Offene Brief:

Heute Schüler - morgen Mörder?

oder „Im Westen nichts Neues“ ...

Schüler der Albrecht-Thaer Schule (BBS 4) kritisieren Celler Schulleitungen

Am Montag, dem 14. März 2011 bemerkten wir (Schüler der BBS 4) mit Empörung, dass das benachbarte Schulgelände der BBS 1 zum einseitigen Propaganda-



Ort der deutschen Bundeswehr umfunktioniert worden war. Entsetzt waren wir außerdem über das Fehlen einer umfassenden Aufklärung, welches die Eigenwerbung (Schönfärberei) der Bundeswehr kritisch beleuchten hätte können!! Es fehlte zudem ein Parallel-Programm zur Existenz und Aktivität der Bundeswehr. Möglicherweise könnten die Schutzbefohlenen der oben genannten Schulleitung eine folgenschwere Fehlentscheidung verhindern- durch folgende Themenabhandlungen im Unterricht:

- Führung völkerrechtswidriger Angriffskriege
- Ermordung von Menschen (auch Zivilisten, so genannte »Kollateralschäden«) und fehlende strafrechtliche Verfolgung (auch der politischen Animatere)
- Machtmissbrauch (Vorwärts-Verteidigung bundes-

deutscher Wirtschaftsinteressen am Hindukusch - frei nach Struck)

- Und die Schüler zum freien Denken anzuregen (durch tolerante schulische Ausbildung, denn BILD- Zeitung und TV spiegeln nur einen sehr geringen Teil des realen Lebens wider).

Spontan transformierten wir unsere Gedanken in bildhafte Worte

(als Ausdruck unseres erlernten Geschichtswissens - und erlebten Verstehen de Erlernten!!!)

NIE WIEDER KRIEG

SOLDATEN SIND (BEZAHLTE) MÖRDER (Zitat von Kurt Tucholsky)

MAKE LOVE and PEACE not WAR

GEWALT zieht immer GEWALT nach sich

Weitere geschriebene Meinungen wurden direkt vom Schulpersonal aus den öffentlichen Schulräumen entfernt. Mehrere Schüler hefteten besagte Bilder mit Tesa-Film in den Schulen an Wände und Türen, um Mitschüler zu warnen.

Zu warnen vor den möglichen Konsequenzen einer getroffenen persönlichen Entscheidung, die unter anderem durch mangelhafte Informationen zustande kommen kann, wie z.B.:

- die des eigenen vorzeitigen Todes
- im Rahmen eines „Auftrags der Bundeswehr und des deutschen Bundestags“ zum Mörder zu werden
- Gefahr der Deformation zum körperlichen und psychischen Krüppel nach Bundeswehreinsatz
- Persönliche Verrohung und damit Gefahr für die Allgemeinheit (z.B. Gewalttätigkeit, Amok-Lauf)

Weil keine Genehmigung zum Plakatieren vorlag, ergab sich anschließend ein Kurzgespräch eines Schülers mit beiden Schulleitungen. Aus diesem Gespräch ging ein scheinbar bedenkenloser Umgang der Schulleitung mit der Thematik der Bundeswehr hervor. Sind das etwa Wissenslücken oder trifft eher die Bezeichnung „ staatsdienerliches Normverhalten“ zu?

Dieser Schüler wurde daraufhin mit einem einwöchigen Betreuungsverbot der BBS 1 belegt.

Wir kritisieren das DIKTAT (Duden: eine aufgezwungene, harte Verpflichtung) von den Schulleitungen, ihre Schutzbefohlenen der Anwesenheit des so genannten „Karrieretrucks“ auszusetzen. WARUM?

Des Weiteren bemerken wir, dass eine einseitige Informationsveranstaltung (keine Gegeninformation mit qualifizierten Referenten) grobe organisatorische Mängel aufweist.

Zweifel an einer „angemessenen Umsetzung des Bildungsauftrages an Schulen“ sind sicher gerechtfertigt.

Wir sagen:

Nie wieder Krieg- Nie wieder Faschismus

Wir fordern:

Mitbestimmungsrechte der Betroffenen (Schüler und Eltern)

Wir brauchen:

friedliche Ausbildungsplätze und Zukunftsperspektiven

20 Schüler_innen haben den Brief unterschrieben. Eine Reaktion zu dem bei beiden Schulleitungen eingereichten Schreiben haben sie nicht bekommen. Demokratie und kritisches Denken sind in einem so hierarchisch aufgebauten System eben nicht gefragt.



„Die GEW lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab und verurteilt sie. Die GEW ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf. Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und -soldaten. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute für den Militärdienst wirbt. Wo dies jedoch der Fall ist, muss die Schulaufsicht entsprechend informiert und tätigt werden sowie bei der Bundeswehr Beschwerde einlegen.“

Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom 05./06.03.2010; Einfluss der Bundeswehr an Schulen zurückdrängen [www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html]

Politik der humanitären Intervention

Im folgenden Beitrag analysiert der in Uganda lehrende Professor für Sozialforschung Mahmood Mamdani Entstehung und Folgen des UN-Mandats für die "humanitäre Intervention" von NATO-Staaten in Libyen. - Sein Fazit: diese Intervention dient vor allem den Interessen der kriegführenden Länder; libysche Gelder werden zur Beute der Kriegführenden, neue Waffen werden getestet, Libyen wird - bei "Erfolg" der Militärintervention - aufgrund der Zerstörungen durch den Krieg vom Ausland abhängig werden. Es droht ein Bürgerkrieg vom "Afghanistan-Typ", unter Beteiligung von Al-Kaida nahen radikalen Islamisten.



Irak und Afghanistan lehren uns, dass eine humanitäre Intervention nicht mit der Beseitigung der Gefahr, auf die sie vorgeblich abzielt, endet. Sie beginnt bloß damit. Wenn das Ziel aus dem Weg geräumt ist, nimmt die Intervention zu und wird zum eigentlichen Problem. Das ist der Grund, warum die Begrenzung der Diskussion über die Intervention in Libyen auf die angegebene Begründung - die Rettung des Lebens von Zivilisten - gerade mal an der politischen Oberfläche kratzt.

Die kurze Dauer der Intervention in Libyen legt nahe, dass wir beim Schreiben ihrer Biographie zwischen Begründung und Ausführung unterscheiden. Die Begründung war ein interner Vorgang im UN-Sicherheitsrat, die Ausführung ist es aber nicht. Zusätzlich zur Bewilligung einer "Flugsicherheitszone" und zur Verschärfung der Sanktionen gegen "das Gaddafi-Regime und seine Unterstützer" forderte die Resolution 1973 "alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Zivilisten, die von Angriffen im Land einschließlich Bengazis bedroht werden". Gleichzeitig schloss sie ausdrücklich "eine fremde Besatzungsmacht in irgendeiner

Form" oder "in irgendeinem Teil des libyschen Territoriums" aus.

UNO-Konflikte

Das Vorgehen der UNO ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Zum einen wurde die Resolution mit 10 Jastimmen und fünf Enthaltungen durchgebracht. Die sich enthaltenden Regierungen - Russland, China, Indien, Brasilien, Deutschland - repräsentieren die große Mehrheit der Menschheit.

Obwohl die Afrikanische Union sich gegen eine äußere Intervention entschieden und zu einer politischen Lösung des Konflikts aufgerufen hatte, stimmten die beiden afrikanischen Regierungen im Sicherheitsrat - Südafrika und Nigeria - zugunsten der Resolution. Seitdem wiederholten sie aber die Sichtweise der sich enthaltenden Regierungen, dass sie nicht das Ausmaß im Sinne hatten, welches die Intervention derzeit erreicht hat.

Die zweite bemerkenswerte Sache hinsichtlich des Vorgehens der UNO ist, dass der Sicherheitsrat, obwohl er für den Prozess der Begründung eine zentrale Rolle einnahm, bei deren Ausführung am Rande steht.

Die russischen und chinesischen Vertreter beklagten, dass die Resolution unbestimmt ließ, "wie und durch wen die die Maßnahmen in Kraft gesetzt werden und bis zu welchen Grenzen sie gehen dürfen". Nach Genehmigung der Intervention überließ der Sicherheitsrat ihre Umsetzung allen und jedem und "ermächtigte die Mitgliedsstaaten, national oder mittels regionaler Organisationen oder Absprachen zu handeln".

Wie bei jedem Recht war auch dieses nur in der Theorie für alle gültig; in der Praxis konnte es nur von denen ausgeübt werden, die die Mittel dazu besaßen. Als der Knüppel vom UN-Sicherheitsrat zu USA und NATO überging, wurde seine Politik deutlicher.

Der Weg des Geldes

Hinsichtlich der Kontensperrung und des Waffenembargos forderte die Resolution den Generalsekretär auf, eine achtköpfige Expertengruppe zu bilden, die das Sicherheitsratskomitee bei der Überwachung der Sanktionen unterstützen sollte. Libysche Anlagen befinden sich hauptsächlich in den USA und in Europa, und sie belaufen sich auf Hunderte Milliarden Dollar: das US-Finanzministerium sperrte 30 Milliarden Dollar an flüssigem Kapital, US-Banken 18 Milliarden. Was Wichtiges wird mit diesen Guthaben geschehen?

Da es keine ausdrückliche Bestimmung für sie gibt, werden die Guthaben in Beute verwandelt, in zinslose

Darlehen, in diesem Fall für die US-Staatskasse und für US-amerikanische Banken.

Wie schon bei der Militärintervention gibt es auch hinsichtlich der in Kraft tretenden Sanktionsmaßnahmen nichts Internationales. So betrachtet ist der internationale Prozess nichts als eine Legitimationsübung. Während die Legitimation international ist, wird die Umsetzung privatisiert, wobei die Initiative an die stärksten Mitgliedsstaaten übergeben wird. Das Endergebnis ist eine selbstgemachte "Koalition der Willigen".

Krieg unterstützt viel Interessen. Jeder Krieg ist ein Laboratorium für das Testen der nächsten Waffengeneration. Es ist wohlbekannt, dass der Irakkrieg zu mehr zivilen als militärischen Opfern führte. Damals wurde diskutiert, ob diese Schäden beabsichtigt waren oder nicht. In Libyen geht es in der Diskussion um Fakten. Sie verweist auf die Tatsache, dass USA und NATO dabei sind, eine neue Generation von Waffen zu perfektionieren, die für die Kriegsführung in Städten entwickelt und so gestaltet wurden, dass sie Kollateralschäden minimieren. Das Ziel ist, physische Anlagewerte mit minimalen Kosten an Menschenleben zu zerstören. Die Kosten für die Menschen in Libyen werden von anderer Art sein. Je mehr materielle Anlagen zerstört werden, desto weniger unabhängig wird die nächste Regierung in Libyen sein.

Libyens Opposition

Die vollen politischen Kosten werden in der Übergangszeit deutlich werden. Die Anti-Gaddafi-Koalition umfasst vier verschiedene politische Richtungen: radikale Islamisten, Royalisten, Stammesvertreter und säkulare Mittelschichtsaktivisten, die von einem westlich orientierten Bildungssystem produziert wurden.

Von diesen haben nur die radikalen Islamisten, speziell die organisatorisch mit Al Kaida verbundenen, Kampferfahrung. Sie - genauso wie die NATO - haben kurzfristig am meisten zu gewinnen durch einen Prozess, der stärker militärisch als politisch ist. Aus diesem Grund wird der wahrscheinlichste Ausgang einer militärischen Lösung in Libyen ein Bürgerkrieg vom Afghanistan-Typ sein.

Man möchte meinen, dass das den Mächten klar sein müsste, die den gegenwärtigen Krieg gegen Libyen unternehmen, weil es dieselben Mächte waren, die den Krieg in Afghanistan wagten. Aber bisher haben sie wenig Interesse an einer politischen Lösung gezeigt. Verschiedene Tatsachen weisen darauf hin.

Der Delegation der Afrikanischen Union, die nach

Libyen geschickt wurde, um mit Col. Gaddafi Gespräche mit dem Ziel einer politischen Lösung des Konflikts zu beginnen, wurde die Erlaubnis, über Libyen zu fliegen - und so in Tripolis zu landen - von den NATO-Mächten verweigert.

Die New York Times berichtete, dass libysche Panzer auf der Straße nach Bengazi aus der Luft nach Art des Irakkriegs bombardiert wurden, als sie sich zurückzogen, und nicht, als sie auf dem Vormarsch waren.

Die beiden Piloten des US-Kampfflugs F-15 E, der bei Bengazi abstürzte, wurden von US-Kräften am Boden gerettet, hinsichtlich derer jetzt zugegeben wurde, dass es sich um CIA-Einsatzkräfte handelte - eine klare Verletzung der Resolution 1973, die auf einen frühen Einsatz von Bodentruppen hinweist.

Die Logik einer politischen Lösung wurde von US-Außenministerin Hillary Clinton in einem anderen Zusammenhang verdeutlicht: "Wir haben klargestellt, dass Sicherheitsmaßnahmen alleine die Herausforderungen nicht bewältigen kann, denen sich Bahrain gegenüber sieht. Nicht Gewalt ist die Antwort, sondern ein politischer Prozess".

Dass Clinton gegenüber dieser Logik taub war, als es um Libyen ging, legt Zeugnis davon ab, dass sich das Verfolgen von Interessen bisher dem Lernen politischer Lektionen aus vergangenen Kriegen, vor allem dem Afghanistankrieg, entgegengesetzte.

Marx schrieb einmal, dass sich wichtige Ereignisse in der Geschichte quasi zweimal ereignen - das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce. Er hätte hinzufügen sollen, dass die Farce für ihre Opfer mit einer Tragödie verbunden ist.

Quelle:

<http://english.aljazeera.net/indepth/opinion/2011/03/201133111277476962.html#> (Al Jazeera english)

Mahmood Mamdani ist Professor und Leiter des Makerere-Instituts für Sozialforschung an der Makerere-Universität in Kampala, Uganda, und Herbert Lehman ist Professor of Government an der Columbia-University in New York. Er ist der Autor von (zuletzt) "Guter Moslem, böser Moslem: Amerika, der Kalte Krieg und die Wurzeln des Terrors", und von "Retter und Überlebende: Darfur, Politik und der Krieg gegen den Terror". - Übersetzung aus dem Englischen: Heinz Eckel.



BI Flotwedel kritisiert Gemeinde

Auf der öffentlichen Sitzung des Rates der Gemeinde Wienhausen Anfang April stand ein, zumindest bei den Bürger_innen, umstrittener Punkt auf der Tagesordnung. Der Gemeinderat hatte darüber zu entscheiden, ob er eine Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren zweier Hähnchenmastställe in der Gemarkung Helmerkamp abgibt. Bereits aus der Beschlussvorlage ging hervor, dass der Gemeinderat auf diese Stellungnahme verzichten sollte. Die vor diesem Tagesordnungspunkt stattfindende Einwohnerfragestunde nutzen Mitglieder der neu gegründeten Bürgerinitiative Flotwedel, um die Gründe für den Verzicht auf eine Einflussnahme der Gemeinde auf das Genehmigungsverfahren zu erfahren. „Der Verzicht auf eine Stellungnahme unterstützt direkt die Umsetzung des Hähnchenmastprojektes in der Nachbargemeinde, obwohl die Gefahr besteht, dass der erforderliche LKW-Verkehr zu Schäden an der für den Schwerlastverkehr ungeeigneten Straße führt. Die Kosten für die Instandsetzung trägt dann die Gemeinde Wienhausen oder vielmehr ihre Steuerzahler“, sagte Wolfgang Matko-Meinecke von der Bürgerinitiative Flotwedel.

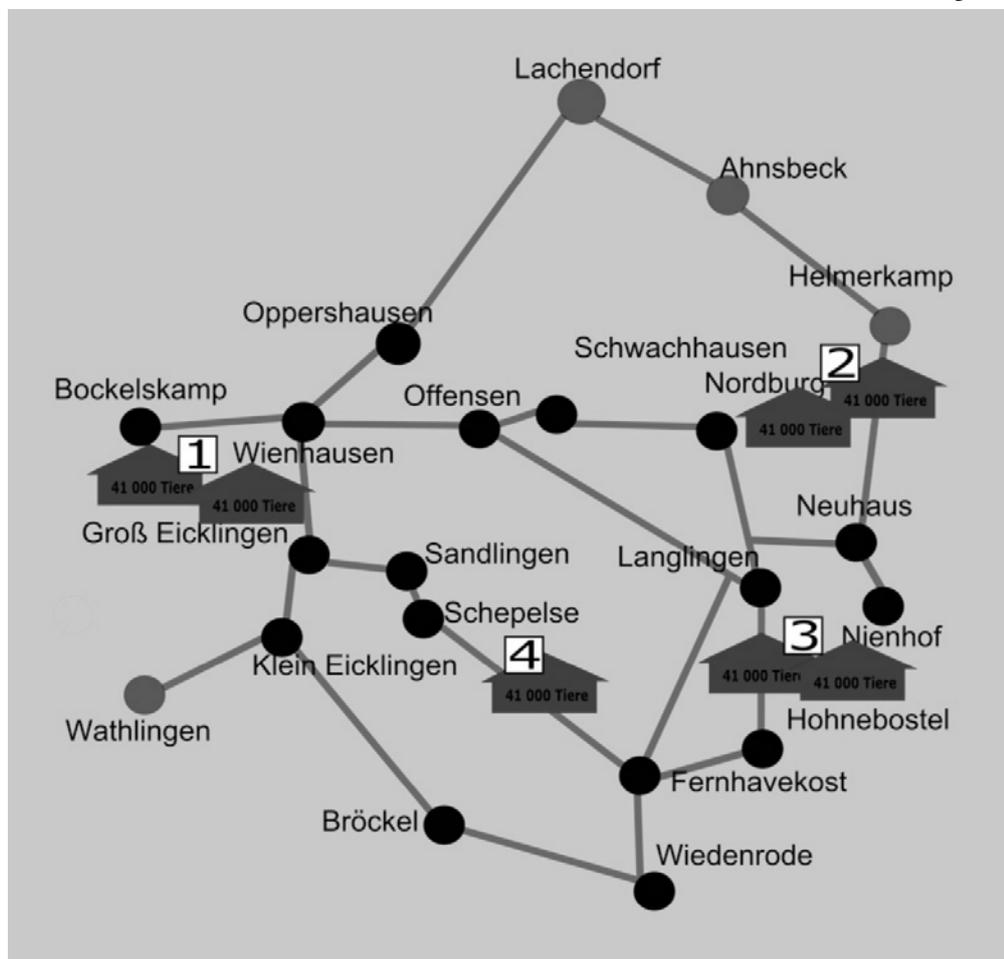
Die geplanten Hähnchenmastställe für insgesamt 82.000 Tiere, die kurz hinter der Gemeindegrenze zwi-

schen Nordburg und Helmerkamp errichtet werden sollen, können entweder über eine neu zu bauende Straße im Gemeindegebiet Hohne oder über eine zum Teil vorhandene Straße auf dem Gemeindegebiet Wienhausen erreicht werden. Die Gemeinde Hohne hat im vergangenen Jahr in einem Ratsbeschluss ihr Einverständnis davon abhängig gemacht, dass der Bauherr Henning Santelmann sich verpflichtet, die Kosten der Erschließung selbst zu tragen. „Diesen Mut hätte ich mir von unseren Ratsmitgliedern auch gewünscht“, kritisierte Thorsten Müller von der Bürgerinitiative Flotwedel.

Obwohl noch weitere Bürger_innen ihren Unmut, zum Teil sehr deutlich und lautstark, zum Ausdruck brachten, stimmte der Gemeinderat ohne weitere Diskussion einstimmig für einen Verzicht auf eine Stellungnahme. Bürgermeister Pickel nahm, anstatt sich mit den Bedenken auseinanderzusetzen, die Mäster in Schutz und verteidigte die Mastanlagen als legitime Investition zur Existenzsicherung der Landwirte.

Die Bürgerinitiative Flotwedel wird sich weiterhin gegen die acht in der Samtgemeinde Flotwedel geplanten Hähnchenmastställe engagieren. In einer Stallanlage, wie der bei Nordburg, werden jährlich über 500.000

Hähnchen mit einer Besatzdichte von 24 Tieren pro m² unter qualvollen Bedingungen gezüchtet. Der erforderliche Antibiotikaeinsatz und der Ausstoß von Bioaerosolen wie Keime, Viren, Sporen und Feinstaub über die Abluft führen zwangsläufig zu Gesundheits- und Umweltschäden in der Umgebung. Wer Interesse an der Arbeit der Bürgerinitiative Flotwedel hat, kann sich auf den regelmäßigen Treffen am ersten und dritten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Strohkrog (an der B 214) informieren und engagieren.



- 1: Eicklingen, Bockelskämper Weg, 82 000 Tiere (Lichthardt)
- 2: Nordburg, Müsseweg, 82 000 Tiere (Santelmann)
- 3: Langlingen/Berg, 82 000 Tiere (Bock)
- 4: Paulmannshavekost, 41 000 Tiere (Cammann)

Fremde – Frauen – Freundinnen

„Da ist eine Ecke in diesem großen Raum, wo ich nicht jeden Tag aufräume, dort haben sich Staub, Spinnengewebe und Vergessenes angesammelt. Dieses Erlebnis, nach dem du fragst, der Abschied und die Reise nach Deutschland, das ist diese Ecke. Verstehst du, was es bedeutet?“ Mit diesem Bild beschreibt die heute 45-jährige Roza ihre Gefühlswelt im Hinblick auf die Erinnerungen an ihr Erleben als 12-Jährige im Jahr 1978. Ein starkes Bild, von dem sich viele finden in dem Buch »Fremde – Frauen – Freundinnen«. Entstanden ist dieses Buch im Rahmen einer »Interkulturellen Schreibwerkstatt« als Integrationsprojekt der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Celle unter Beteiligung des Kreisverbandes der LandFrauen und von Êzidinnen aus dem Landkreis. Das Projekt hat Frauen aus beiden Kulturen über die Biografiearbeit ins Gespräch gebracht.

Zentrale Projektidee war die Vernetzung von jeweils einer Landfrau und einer Ezidin als »Tandem«. Die Paare trafen sich über ein Jahr hinweg und tauschten sich über ihre Lebensgeschichten aus. Für Ulrike Brinken, Projektleiterin und Ideengeberin, war dies für den Erfolg des Projektes ausschlaggebend: *„Für die meisten der Frauen war es der erste private Kontakt zu einer Frau aus dem anderen Kulturkreis. Für einige war es ein schwieriger Schritt, aber für alle war er von großer Bedeutung. Aus fremden Frauen wurden auf diese Weise Freundinnen.“*

Die Lebensgeschichten der Ezidinnen wurden von den Landfrauen zu Papier gebracht. Herausgekommen sind spannende Einblicke in die kurdische Vergangenheit, in die Schwierigkeiten der Integration – wie auch den Spagat zwischen den Anforderungen der ezidischen (Familien-)Kultur und dem »deutschen« Alltag.

Es sind Frauen der »ersten Generation«, die ihren »Tandem«-Partnerinnen von den LandFrauen berichten. Einige kamen allein noch unter dem Regiment der »Anwerbeabkommen« als Gastarbeiterinnen, andere im Rahmen des Familiennachzugs, einige als Flüchtlinge vor dem Hintergrund der türkischen Kriegsrechts über die ostanatolischen Provinzen. Immer ist es ein Sprung über mindestens ein halbes Jahrhundert – weg von weitgehend auf landwirtschaftlicher Subsistenz gegründeten Großfamilien, hinein in die hochtechnologisierte Industriegesellschaft. Es überrascht, wie dies von einem auf den anderen Tag gelingen sollte:

„In Istanbul schickte ich meine langen Röcke und Kleider heim – hier ist Europa, hier ist alles anders – und kaufte mir Hosen. Das Kopftuch aber blieb vorerst. Nach einer ärztliche Untersuchung flog ich mit vielen anderen Frauen nach Deutschland, der deutsche Arbeitgeber bezahlte den Hinflug. Während der Zugfahrt von Frankfurt nach Hannover schenkten uns Mitreisende Bananen: Wir waren empört: wie ekelhaft, das dürfen wir nicht, das ist Sünde, das

ist Schweinewurst und warfen sie aus dem Fenster. Wir kannten so etwas nicht. Man schickte mich nach Hameln. Die erste Nacht verbrachte ich im Frauenheim. Als ich in die Pilzfabrik kam, oh Schreck, es stank entsetzlich! Zu Hause musste ich auch arbeiten, aber hier: in einer großen Halle, bei dem Gestank, nein! »Oh, die feine Dame«, sagten die anderen. Ich hielt es nicht aus. Meine Kusine aus Celle kam sofort, löste mich aus und nahm mich mit. Dort bekam ich bei Telefonken einen Vertrag und hatte eine saubere Arbeit für viele Jahre.“

Gar nicht so selten finden sich Geschichten mit solchem Eigensinn, und hier und da mündet der Eigensinn in eine Emanzipationserzählung. Das muss nicht repräsentativ sein, denn wahrscheinlich beteiligt sich an einem solchen Projekt nur, wer der Konfrontation mit den Fragen der Mehrheitsgesellschaft nicht meint ausweichen zu müssen. Deutlich wird aber auch, wie (Frauen-)Emanzipation in der ethnischen Religion des Ezidentums eine zur Zeit innerhalb der Gemeinschaft unüberwindbare Grenze findet. Trotzdem überwiegen die stark identitären Bezüge auf die Religion; Ambivalenzen gibt es nur dort, wo die »Flucht« der Töchter sich mit Verlusterfahrungen und Trauer verbindet.

Egal ob in den Landkreisgemeinden oder der Kreisstadt – das Verhältnis zwischen Kurd_innen und »Bio-Deutschen« hat sich deutlich entspannt, doch das Nebeneinander überwiegt nach wie vor. Bücher können wahrscheinlich wenig zur Veränderung beitragen, aber sie können – wie dieses – Verständnis wecken für die Lebenssituation von Frauen der »anderen Kultur«.



FREMDE - FRAUEN –FREUNDINNEN. LandFrauen und Êzidinnen im Gespräch. Hg. von Ulrike Brinken in enger Zusammenarbeit mit Behiye Alkus, Elisabeth Cramm, Annemarie Strüber, Nursen Yavsan, Tambiye Yavsan. Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landkreises Celle Band 9 - Celle 2010. ISBN 978-3-9805636-8-0. 129 Seiten. 8,90 Euro.



Kino 8 ½ im Mai/Juni

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



06. und 07. Mai

VON MENSCHEN UND GÖTTERN

Im Jahr 1996 wurden im AtLasegebirge in Algerien sieben Trappistenmönche ermordet, was den Islamisten zugeschrieben wurde, die das Land in den 1990er-Jahren mit fundamentalistischem Terror überzogen. Das spirituelle Drama zeichnet das Leben der Mönche und ihr intensives Ringen darum nach, ob sie ihr Kloster aufgeben und fliehen oder aus Solidarität mit den Menschen bleiben und damit ihren Tod riskieren sollen. Mit großem ästhetischem Gespür gedreht, ordnet sich die Filmsprache stets dem Rhythmus des klösterlichen Lebens unter und gewinnt dadurch den Raum, sich auf die christlich-theologischen Dimensionen der Entscheidungsfindung einzulassen

Frankreich 2010, 120 Minuten

13. und 14. Mai

IN EINER BESSEREN WELT

Der Zwiespalt, ob Gewalt mit Gegengewalt eingedämmt werden kann oder nicht, stellt sich für einen skandinavischen Arzt auf gleich doppelte Weise: Im Rahmen seiner Arbeit in Afrika muss er entscheiden, ob seine ärztliche Hilfe auch einem grausamen Warlord zugute kommen darf, während er daheim Stellung dazu beziehen muss, dass sein Sohn von Mitschülern gemobbt und traktiert wird. Spannendes Melodram, hinter dem sich eine raffinierte Versuchsanordnung zum Thema Rache offenbart, die in einer Folge sich zuspitzender Szenen die Argumente abwägt. Vorzüglich gespielt, aktualisiert der Film einen ethischen Grundkonflikt auf mitreißende Weise.

Dänemark/Schweden 2010, 119 Minuten

20. und 21. Mai

JACK IN LOVE

Ein zurückhaltender Single, Chauffeur von Leihlimousinen, wird von einem befreundeten Ehepaar mit einer alleinstehenden Frau zusammen gebracht. Um deren Herz zu erobern, lernt er Kochen und ist sogar bereit, seine Wasserscheu zu überwinden. Während sich sein Liebesglück anbahnt, gerät die Ehe der Freunde in die Krise. Angenehm unpräzises Regiedebüt über den Versuch zweier Menschen, einen Weg zueinander zu finden. Die im Grunde recht schlichte Liebesgeschichte wird von sympathischen Hauptfiguren getragen.

USA 2010, 91 Minuten

27. und 28. Mai

WINTER'S BONE

Ein Mädchen lebt mit seinen Geschwistern und seiner psychisch kranken Mutter in sozial desolaten Verhältnissen im Hinterland Missouris. Als der Vater ihr Anwesen verpfändet und verschwindet, steht die Existenz der Familie auf dem Spiel. Die Tochter macht sich deshalb auf, den Vater zu suchen. Der Film zeichnet dank dokumentarisch anmutender Exkurse, authentischer Schauplätze und eines um viele Laiendarsteller ergänzten Ensembles ein glaubwürdiges Bild des "White Trash"-Milieus, wobei er die Protagonisten nicht vorführt, sondern sich auf ihre Lebenswelt einlässt. Der ungehörte Blick wird von leisem Humor und einer Tier- und Dingsymbolik aufgefangen und von einer kraftvoll-melancholischen Filmmusik illustriert.

USA 2010, 100 Minuten

03. und 04. Juni

DAS LIED IN MIR

Eine etwa 30-jährige Deutsche hört auf dem Flughafen von Buenos Aires ein spanisches Wiegenlied, das sie in ein aufwühlendes Gefühlschaos stürzt. Auf den Spuren dieser Klänge entdeckt sie ihre verschüttete Vergangenheit und erfährt, dass sie Kind zweier während der Militärdiktatur verschwundener Regime-Gegner ist. Das ästhetisch und erzählerisch konzentrierte Drama fragt mit ausgefeilten Bildkompositionen und einer bewundernswerten Fokussierung auf die nuanciert gespielte Hauptfigur nach Identität, Schuld und Vergebung; darüber treten die historisch-politischen Dimensionen der Geschichte eher in den Hintergrund

Argentinien 2010, 93 Minuten

10. und 11. Juni

UNTER DIR DIE STADT

Ein mächtiger Banker versetzt einen Angestellten nach Indonesien, weil er mit dessen Freundin eine Affäre beginnen will. Das lose an die biblische Geschichte von David und Batscha angelehnte Drama porträtiert im Umfeld der Frankfurter Hochfinanz Menschen, deren Selbstkonstruktion von der Macht über die eigene Biografie bis zur Liebe sämtliche Lebensbereiche umfasst. Detailreich und realitätsnah in seiner Milieuzeichnung, entwirft der Film das intensive Bild einer Sphäre, deren Bewohnern im Zuge ihrer permanenten "Selbst-Performance" der Bezug zur Wirklichkeit entglitten ist.

Deutschland 2010, 109 Minuten

17. und 18. Juni

IM ALTER VON ELLEN (D/FR 2010, 109 Min.)

24. und 25. Juni

WER WENN NICHT WIR (D 2011, 125 Min.)

Politische Termine in und um Celle

Mo., 09. Mai, 15.30

Die Allerniederung - Landschaft zwischen Wasser und Dünen

Vortrag über das Projekt "Naturschutz und Natur erleben bei Osterloh", Referent: John Oliver Wohlgenuth (NABU Gruppe Stadt Celle)

Mehrgenerationenhaus Celle, Fritzenwiese 46, Großer Saal; Veranstalter: Deutscher Verband Frau und Kultur e.V.

Di., 10. Mai, 19.30

Tatort Arbeitsplatz:

„Einigkeit und Recht auf Freizeit“

Veranstaltungsreihe der Gewerkschaft ver.di: Regelungen von Freizeit nach dem Bundesurlaubsgesetz und in den Tarifverträgen.

DAA, Spörkenstr. 63, Eintritt frei.

Fr., 13. Mai, 14.00

– Sa., 14. Mai, 15.00

Hustedter Gespräche

Eine neue Kolonialisierung?

Das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kolumbien

Für Gewerkschafter_innen ist Kolumbien nach wie vor das gefährlichste Land der Erde. Allein in den letzten beiden Jahren wurden fast 100 Gewerkschafter_innen umgebracht. Diese Gewalt ist eng verbunden mit alltäglichen, gewerkschaftsfeindlichen Praktiken in den Betrieben. Die am weitesten verbreitete Menschenrechtsverletzung in Kolumbien jedoch ist die gewaltsame Vertreibung. Seit 1985 wurden über 4,6 Millionen Menschen zumeist von paramilitärischen Gruppen gewaltsam vertrieben. Ein Großteil der Opfer war im rechtmäßigen Besitz von Land. Der direkte Zusammenhang zwischen Vertreibung und wirtschaftlichen Interessen ist offensichtlich.

In dieser Situation hat die Europäische Union im Mai 2010 ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien unterzeichnet, das allerdings erst in Kraft treten kann, wenn das Europäische Parlament zustimmt. Auch einige nationale Parlamente in Europa werden es aller Vor-

sicht nach billigen müssen. Die Debatte um seine Ratifizierung wird im Herbst 2011 erwartet.

Neben seinem Herzstück, dem Freihandel, sollten noch andere Ziele wie die Beachtung und Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards Eingang finden. Das aber hängt sehr von den Abstimmungen und Interventionen der Parlamente ab.

Bildungszentrum HVHS Hustedt, Zur Jägerei 81, 29229 Celle – Anmeldung bis 3.4. unter Tel: 05086 9897-0 oder E-Mail: info@hvhs-hustedt.de

Do., 26. Mai, 18.30 – 20.45

Neue Wege aus der Energiekrise Transition Town Bewegung, Peak Oil, die Klimakrise & die Energiewende von unten

Das Ende des Ölzeitalters naht, die Klimakrise erfordert weltweit Konsequenzen. Einen möglichen Ausweg formuliert Transition-Town-Bewegung. Die aus Großbritannien stammende Initiative, die Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Selbstversorgung propagiert, findet in letzter Zeit auch in Deutschland Ableger. Welche Ziele haben sich diese Energiewende-Initiativen gesteckt und welche Wege beschreiten sie an unterschiedlichen Orten? – Dozent: Reinhard Rohde

VHS, Trift 17, Raum 2, Kursgebühr: 7,00 EUR



Noch bis Sonntag, 15. Mai:

"Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma" / Ausstellung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg

So., 8. Mai 2011 | 11.00 Uhr:

Arieh (Leo) Koretz; Buchpräsentation: »Bergen-Belsen - Tagebuch eines Jugendlichen«
Der gebürtige Hamburger war mit seiner Familie 1933 vor den Nationalsozialisten nach Griechenland geflohen und 1943 ins "Aufenthaltslager" des KZ Bergen-Belsen deportiert worden. Dort führte er als Sechzehnjähriger auf zusammengehefteten Zetteln heimlich ein Tagebuch.

So., 15. Mai 2011 | 11.00 Uhr:

Reihe "Film und Gespräch": Sidonie / Spielfilm von Karin Brandauer, nach der Geschichte des Sinti-Mädchens Sidonie und dem Buch "Abschied von Sidonie" von Erich Hackl

So., 29. Mai 2011 | 11.00 Uhr:

John Cramer / Buchpräsentation: Belsen Trial 1945 - Der Lüneburger Prozess gegen Wachpersonal der Konzentrationslager
Der Autor wertet großenteils unveröffentlichte Quellen aus Archiven des In- und Auslandes aus und widmet sich ausführlich der breiten Rezeption in der internationalen Presse und in der Öffentlichkeit.

Ort jeweils:
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Kunst & Kultur

Di., 03. & Mi., 4. Mai, 20.00

Caveman

CD Kaserne, AK 25,00, VVK 22,90

Mi., 04. Mai, 20.00

Todd Wolfe Band

Herzog Ernst, Eintritt frei

Do., 12. Mai, 20.00

Anna Depenbusch

CD Kaserne, AK 26,00, VVK 24,90

Fr., 20. Mai, 19.00

Session der Neuen Jazz Initiative

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 20. Mai, 21.00

Wohnraumhelden

CD Kaserne, AK 10,00, VVK 8,90

Sa., 21. Mai, 20.00

Juicebox (A-Capella)

CD Kaserne, AK 16,00, VVK 12,90

Mo., 23. Mai, 20.00

Brandon Giles

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 27. Mai, 19.00

Philip Dornbusch&Friends

Nils Mosen (g), Frederik Möhle (b) und Philip Dornbusch (dr)
Kunst & Bühne, 10,00

Fr., 27. Mai, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Sa., 28. Mai, 22.00

Celebration - Matrix & Futurebound

Local support: Rebell, Ruffian, Daktari und Stibba sowie von MC Mex-E

CD Kaserne, AK 10,00, VVK 8,00,
Schüler_innen 7,00

So., 29. Mai, 11.00

Jazz-Gottesdienst mit Janice Harrington & Band

Stadtkirche

Do., 02. Juni, 11.00

Hannover swingt zum 40. Mal

Beim Open Air-Festival auf dem Trammplatz geben sich hochkarätige Jazzmusiker aus aller Welt die Ehre: Joe Wulf & The Gentleman of Swing feat. Romy Camerun, Lothar Krist Hannover Bigband feat. Maybebop, Sharrie Williams & Sax Gordon und Cindy Dulfer.

HANNOVER, Trammplatz, Eintr. frei

Fr., 03. Juni, 19.00

Cellerockcity-Festival

CD Kaserne, AK 14,00, VVK 12,90

Sa., 04. Juni, 19.00

Cellerockcity-Festival

CD Kaserne, AK 14,00, VVK 12,90

Sa., 18. Juni, 15.00

13. Celler Jugend Jazz Tag Celle,

Kreistagssaal, Trift – Eintritt frei

So., 19. Juni, 16.00

Hans Krasa/ Adolf Hoffmeister: Kinderoper Brundibar

Eintritt für Erwachsene 8,00; Eintritt für Kinder und Jugendliche frei!
Stadtkirche Celle

Fr., 24. Juni, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Fr., 01. Juli, 21.00

Freedom! The Party

CD-Kaserne, AK 3,00

Redaktionsschluss für die revista Nr. 55 am Mo., den 13. Juni

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer
jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello
Erwerbslosenberatung
jeden 1. Do. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum
jeden 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie
jeden 2. Di. im Monat, 20.00
Uhr – Buntes Haus

Regionale Energie & Konsum-Wende (Transition Town)
jeden 1. und 3. Di. im Monat,
18.30 Uhr – Buntes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum
jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:
jeden 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv
jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum
jeden 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Kneipe
jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen
jeden Mo. 19-21 Uhr